Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 138 — 2. Jahrgang | Saarbrücken, Dienstag, 19. Juni 1934 | Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Kirchenkampf drängt zur Entscheidung — Seite 2

Minister, Sittenprediger und Jugendführer — Seite 3

Schutt und Schmutz — das Wesen der Diktatur — Seite 4

40 Hinrichtungen!

Ruft die Welt gegen die Köpferoller auf!

Der deutsche Reichskanzler macht die Drohung „Es werden Köpfe rollen", die er vor seinem Amtsantritt ausgestoßen hat, grauenhaft wahr. Er und der preußische Ministerpräsident, die jede objektive Rechtspflege höhnisch ablehnen, haben einen blutigen Hügel von abgeschlagenen Köpfen aufgeschichtet. Der preußische Ministerpräsident unterzeichnet massenhaft die Vollstreckungsbefehle für Todesurteile, die feile Staatsanwälte und pflichtvergessene Richter gefällt haben. Der deutsche Reichskanzler, der als Parteiführer unter dem Abscheu seines jetzigen Vizekanzlers gemeine viehische Mörder als seine Kameraden begrüßte und sie sofort nach seinem Amtsantritt befreite, läßt der deutschen Rache- und Blutjustiz freien Lauf.

Unermüdlich arbeiten die deutschen Scharfrichter mit dem Handbeil. Die Hinrichtungen werden gruppenweise vollzogen. In Köln wurden am 30. November sechs junge Kommunisten, denen keine todeswürdige Schuld nachgewiesen war, hintereinander geköpft. In Berlin wurden am 14. Juni drei junge Arbeiter, ein 26jähriger, ein 20jähriger und ein 19jähriger durch Görings Henkerbeil abgeschlachtet. Mit diesen drei jungen Opfern hat sich die Zahl der innerhalb eines Jahres unter der Regierung des Hakenkreuzes Hingerichteten auf vierzig erhöht.

Eine ähnlich hohe Zahl Verurteilter sitzt, das Schafott vor Augen, noch in den Todeszellen. Immer neue Todesurteile werden gefällt. Zur höheren Ehre des als Zuhälter erwiesenen Nationalheiligen Horst Wessel, der in einem ordinären Unterweltstreit die tödliche Wunde empfing, sind soeben zwei neue Todesurteile verkündet worden. Kein Gerichtshof irgend eines zivilisierten Landes der Welt würde die beiden jungen Menschen auch nur zu harten Freiheitsstrafen, geschweige denn zum Tode verurteilt haben. Nichts liegt gegen sie vor als jugendliche Unbesonnenheit. Keiner war auch nur Zeuge des Zusammenstoßes zwischen Horst Wessel und dem anderen Zuhälter. Keiner wußte, was wirklich in dem Hause der verrufenen Gegend vorging. Dennoch liefern deutsche Richter — und als Deutsche schämen wir uns solcher Schufte — diese jungen Burschen statt den Erziehern den Scharfrichtern aus.

Wir klagen diese Justiz des „dritten Reiches" vorsätzlichen Mordes an. Des vorsätzlichen Mordes! Mußte doch in einem der politischen Racheprozesse — im Falle Hüttig — der Schießsachverständige erklären, daß der Todesschuß gegen den Hitlermann nicht von Hüttig, sondern höchstwahrscheinlich von einem SA-Mann stammte. Bei der Urteilsbegründung war der Vorsitzende zu dem Geständnis gezwungen: „daß jedoch Abe von Hüttig erschossen wurde, hat das Gericht nicht als erwiesen angesehen!"

Trotzdem das Todesurteil! Trotzdem die Enthauptung!!

Wir wissen warum. Hüttig hat im Prozeß die grausigen Foltern enthüllt, die an ihm und seinen Kameraden im Berliner Columbia-Haus der Geheimen Staatspolizei begangen worden sind. Mit Nilpferdpeitschen sind die Arbeiter geschlagen worden.

Sechs der Angeklagten wurden noch vor Prozeßbeginn ermordet. Vier in der Kaserne des SA-Sturmes 33 und die Arbeiter Drescher und Voß im Columbia-Haus selbst. Hüttig erklärte in seinem letzten Wort vor dem Gericht und vor der Welt: „Ich habe schließlich, als ich schon halbtot geprügelt war, mein Hemd ausgerissen und der SA-Mannschaft gesagt: „Hier, schießt mich tot, aber laßt meine Kameraden zufrieden. Und Ihnen, meine Herren Richter, sage ich, daß ich nach dem, was ich im Columbia-Haus erlebt habe, bis an mein Lebensende Kommunist bleiben will."

Die Ermordung auf dem Schafott — das ist die Antwort des „dritten Reiches" auf dieses Bekenntnis eines Arbeiterhelden.

Ein Schurke, wer dazu schweigt! Nichtswürdig der, dessen Blut nicht vor Empörung aufwallt, wenn so das Blut der Volksjugend vergossen wird! Werktätige Europas und Amerikas, schaffendes Volk in der ganzen Welt, Männer und Frauen aller Parteien und aller Bekenntnisse, Menschen:

Bombardiert die Gesandtschaften und Konsulate des blutbesudelten Hitler-Regimes mit Euren Protesten!

Ruft die Welt gegen die Bestialitäten des „dritten Reiches" wach! Für Freiheit und Recht unsres Volkes!

Um der Ehre Deutschlands willen!

Beginnt sich das Reichsgericht zu schämen?

Ein deutscher Gerichtshof des Justizmordversuches durch das höchste Gericht überführt

Dessau, 17. Juni. Vor dem Schwurgericht Dessau beginnt am 18. Juni der dritte Prozeß wegen der Ermordung des SA.-Mannes Franz Cieslik in Heckltingen. In den beiden ersten Prozessen waren insgesamt 13 Personen zum Tode verurteilt worden, von denen zwei inzwischen hingerichtet worden sind. Gegen die 10 im zweiten Prozeß zum Tode Verurteilten muß jetzt, da der sechste Strafsenat des Reichsgerichts — wie gemeldet — das Urteil des Dessauer Schwurgerichts vom 28. November 1933 aufgehoben hat, noch einmal verhandelt werden. Das hat u. a. zum Ausdruck gebracht: Wenn das Schwurgericht erneut zu der Feststellung gelangen sollte, daß die Angeklagten, auch so weit sie nicht geschossen hätten, die Tat als ihre eigene wollten, so werde es bei jedem einzelnen die Tatsachen klarzulegen haben, aus denen es diesen Schluß ziehe. Insbesondere bedürfe im Falle des zum Tode verurteilten Angeklagten Thalmann sen. die Frage der Mittäterschaft einer eingehenden Prüfung. Von ihm stelle das angefochtene Urteil fest, daß er sich nicht wie die anderen Angeklagten in seiner Waschküche befunden, daß er aber genau gewußt habe, die Kommunisten würden sich dort versammeln um die Nationalsozialisten bei ihrem Herannahen mit Feuerwaffen anzugreifen.

Daraus schließe das Schwurgericht, daß er den Feuerüberfall gebilligt und gefördert habe, und halte für erwiesen, daß Thalmann den Ueberfall mit „verabredet" habe. Dieser Schluß könne aber nicht gezogen werden, denn es sei in keiner Weise dargetan, daß Thalmann mit den anderen in Verbindung getreten war.

Das Reichsgericht rügt ferner vor allem, daß bei einem Lokaltermin die vorgeführten elf Angeklagten sich in einem Lastkraftwagen der Schutzpolizei befunden hätten und bis auf zwei von ihnen nicht zu dem Termin zugezogen wurden. Von dem Wagen aus hätten sie keine Möglichkeit gehabt, dem Gange der am Tatort geführten Hauptverhandlung zu folgen und sich an ihr zu beteiligen.

*

Amerikanische Anwälte für Thälmann

Nachdem bereits französische, belgische, schweizer, tschechische, holländische und bulgarische Anwälte in großer Zahl den Präsidenten des Leipziger Reichsgerichts ersucht haben, sie als Verteidiger Ernst Thälmanns zuzulassen, haben sich, wie die Internationale Juristische Vereinigung erfährt, in diesen Tagen zwei amerikanische Anwälte, Mr. Greenberg aus Neuyork und Mr. Ades aus Baltimore, mit dem gleichen Antrag an das Innenministerium in Berlin gewandt.

Gestern und heute

Soeben haben sich wieder einmal zwei von den Führern des „dritten Reiches" über die Köpfe ihrer Untertanen hinweg heftig angegriffen. Obwohl Freiburg und Marburg weitgenug auseinander liegen, haben sich die Herren Goebbels und Papen von beiden Standorten aus erbauliche Wahrheiten ins Gesicht gesagt. Herr Goebbels bewies, daß er auch auf der Reise nach Warschau seine lieben Miesmacher nicht aus dem Auge verloren hatte, und wenn Worte Blitze wären, so wäre nach seiner jetzt in Freiburg gehaltenen Rede von dieser trüben Sorte keiner mehr am Leben. Herr von Papen hat gradezu eine flammende Rede für die Miesmacher gehalten hat, es ist vielleicht ein entscheidender Vorgang, daß zum erstenmal ein Regierungsmitglied offiziellen Protest gegen den offiziellen Regierungskurs eingelegt und ein Hinwerfen des Steuers gefordert hat. Es zeigt sich immer mehr, daß mit den Miesmachern nicht nur das Millionenheer der mehr oder minder Enttäuschten gemeint ist, sondern die kleine aber mächtige Partei der Kundigen, der Einflußreichen, der wirtschaftlichen Verantwortlichen — also der verhältnismäßig Wenigen, die vollen Blick hinter die Kulisse haben.

Man muß zu ihnen nach dem neuesten Stand der Dinge auch solche Männer wie Herrn Dr. Schacht rechnen. Hat er es doch gewagt in seiner Erklärung über das Aufhören der Transfers wörtlich zu sagen: „Mit der Wirtschaftspolitik, die die Devisengewinnung und Verwendung zum Gegenstand hat, hat die Reichsbank nichts zu tun. Die Reichsbank ist lediglich Buchungsstelle." Schärfer konnte der Reichsbankpräsident den Trennungsstrich gegen die wahnsinnige Wirtschaftspolitik der Regierung unter den derzeitigen Umständen kaum ziehen, und das Gerücht, daß Dr. Schacht nur durch die Drohung mit dem Konzentrationslager vom Rücktritt abgehalten worden sei, gewinnt an Glaubwürdigkeit.

Der richtige Kampf scheint aber erst loszugehen. Sonst hätte Herr Dr. Goebbels es wohl kaum nötig gehabt, in Freiburg zu sagen: „Wir protestieren dagegen, daß Leute, die sich 1918 als ungeeignet zur Führung erwiesen, sich nun an uns herandrängen und sich zur Führung huldvollst bereitzuhalten."

Wen meinte er wohl? Wahrscheinlich doch den Vizekanzler, der am gleichen Tage von Marburg aus über alle deutschen Sender eine geradezu verheerend miesmacherische Rede gehalten hat. Die Begeisterung in Deutschland verflache, sagte er, auf der anderen Seite aber zeigten sich marxistische Strömungen, und es fehle noch an der wahren Volksgemeinschaft. Er ging soweit, zu verlangen, daß Menschlichkeit, Freiheit und Gleichheit vor den Richtern nicht mehr als liberale Begriffe abgetan würden. Sogar die Erziehung zum Dienst am Staat habe ihre Grenzen. Zwischendurch wetterte der Vizekanzler gegen „kollektivistische" (gemeint sind sozialistische) Tendenzen und fegte dann mit ein paar Sätzen das ganze verlogene System der Goebbels'schen Stimmungsmache vom Tisch. In der deutschen Presse fehle zur Zeit eine offene und männliche Aussprache. Man dürfe die Klugheit des deutschen Volkes nicht unterschätzen, sondern müsse zu ihm Vertrauen haben. Dazu fügte Herr von Papen die etwas rätselhaft formulierten Worte: er persönlich habe darum die Propagandawelle gegen die sogenannten Kritikaster „anders ausgefaßt" — auf deutsch, er habe sie mißbilligt. Gewiß könne man dem Volk schwere Opfer zumuten, aber dürfe man nicht gleich jedes Wort der Kritik als Böswilligkeit auslegen. Herr von Papen war so kühn, von „verzweifelten Patrioten" zu sprechen, die heute zu Staatsfeinden erklärt würden — und nun fragt sich der Außenstehende doch welchen Grund in Adolf Hitlers herrlichem „dritten Reich" die Patrioten eigentlich zum Verzweifeln haben.

Man kann die Rede Papens gar nicht ernst und wichtig genug nehmen, zumal, wenn man sie gegen gewisse wirklich verzweifelte Auslassungen des Kollegen Goebbels hält. Der Propagandaminister gab die deutsche Lohnsenkung zu, zur Rechtfertigung der deutschen Wirtschaftspolitik aber sagte er: das Ausland solle wissen, wohin die verruchte Reparationspolitik die deutsche Nation geführt habe. Ist das ihre ganze Weisheit? Das deutsche Volk hat leider wenig davon, ob das Ausland irgend etwas weiß oder nicht weiß. Es ist wahrhaftig die Weisheit von Bankerotteuren, die sich für besonders tüchtig halten, weil sie das deutsche Volk statt in vier Jahren bereits in einem ruiniert haben. *Argus.*

Saar-Katholiken gegen „drittes Reich"

Die Erschütterung der Hitler-Front

Saarbrücken, den 17. Juni 1934.

Eine deutlich fühlbare Depression breitet sich über die sogenannte „deutsche Front" an der Saar aus. Sie hat vor zwei Wochen die Festsetzung des Abstimmungstages auf den 13. Januar mit großer befohlener Fahnenbegeisterung begrüßt, aber mit dem Einziehen der Flaggen hat sich grauer Alltag über die Hitlerei an der Saar gelegt. Es kamen die Stöße gegen den Markkurs an den Auslandsbörsen, und nirgendwo sank das Vertrauen in die Reichsmark tiefer und gründlicher als in Saarbrücken und bei den Wirtschaftern der „deutschen Front". Es folgte die Transfer-Bankrotterklärung. Jeden Tag ertönten neue SOS-Rufe von jenseits der nahen Grenze, und alle, die aus dem „dritten Reiche" ins Saargebiet zurückkamen, waren dort in die Hände von Miesmachern und Kritikastern gefallen und brachten allerlei wirtschaftliche Greuelmärchen mit.

Fortsetzung siehe 2. Seite.

Frauen-Weltkongreß

Wegen unvorhergesehener Umstände — günstiger Zeitpunkt für mehrere wichtige Auslandsdelegationen, Abhaltung des internationalen, antifaschistischen Sportkongresses und anderer Versammlungen und Kundgebungen in Paris — muß der Weltkongreß der Frauen gegen imperialistischen Krieg und Faschismus um eine Woche verschoben werden.

Er ist nunmehr unwiderruflich festgesetzt für Samstag, 4., Sonntag, 5., Montag, 6. August 1934.

Saar-Katholiken gegen das „dritte Reich“

Fortsetzung von Seite 1.

Der Einbruch in die sogenannte „deutsche Front“ ist Tatsache und der beginnende Umschwung vom Festrausch zum Kater auch.

Die Gegner des „dritten Reiches“, die für Deutschland kämpfen gegen die barbarische Diktatur, werden mit jedem Tage angriffslustiger. Die sozialdemokratische Freiheitsfront aktiviert sich trotz allem Störungsfeuer immer mehr. Bei den Kommunisten ist erhöhte Tätigkeit festzustellen, und mancher Ansatz zu einer vernünftigen Taktik ist bemerkbar. Beide Arbeiterparteien wissen, daß es hier nicht um einen lokalen oder provinziellen Kampf geht, sondern um einen Schlag gegen das verhaßte Sklavensystem des „dritten Reichs“.

Alle wissen, daß eine Niederlage Hitlers an der Saar der Anfang vom Ende seiner Diktatur und eine gewaltige Ermutigung der Millionen Antifaschisten in Deutschland sein würde. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die große geschichtliche Bedeutung des Saarkampfes die sozialistischen und kommunistischen Richtungen aller Art zu dem einen Freiheitsziele näher zusammenführen wird.

Sorgenvoll blickt die „deutsche Front“ auf die Katholiken, denn das ist die Mehrheit der Abstimmungsberechtigten an der Saar. Die Empörung des katholischen Volksteils zwingt auch die gleichgeschaltete katholische Presse, mehr und mehr über die gewalttätige Unterdrückung des Katholizismus im „dritten Reiche“ zu berichten. Was von diesen Stipendiaten der Reichskassen bis vor kurzem noch als „Greuelmärchen“ abgestritten wurde, steht nun, soweit es die katholische Kirche betrifft, auch in den Spalten der katholischen Saarpresse.

Am vergangenen Sonntag haben die Katholiken, denen ihr religiöser Glaube höher steht als das politische Konjunkturgebilde des „dritten Reiches“, zum ersten Male ihre religiösen Proteste vor die Oeffentlichkeit getragen. In Homburg war ein saarpfälzischer katholischer Gesellentag. Das gleichgeschaltete Bürgermeisteramt, das sich, wie alle solchen Behörden an der Saar, längst den nationalsozialistischen Reichsbonzen und nicht der regierenden Kommission des Völkerbundes unterstellt fühlt, lehnte mit „Heil Hitler!“ ab, die katholischen Volksgenossen durch Fahnenschmuck zu grüßen. Um so wuchtiger marschierte die katholische Jugend auf.

Der antihitlerische Kampfgeist dieser katholischen Demonstration äußerte sich deutlich in den Reden der geistlichen Führer. So sagte Pfarrer Bungarten u. a.:

„Das gelobte Land kommt einmal für die meisten von Euch, das Land des Friedens und der Gerechtigkeit, wo Bruder neben Bruder in Frieden leben wird. Diese Ueberzeugung habe ich heute von neuem gewonnen. Ich begrüße vor allem die Brüder aus dem Reiche, die trotz aller Schikanen und Beschwerden hierher gekommen sind. Wenn ich höre, wie die katholische Jugend zur schwer umdrohten Fahne steht, so weiß ich, daß die Stunde kommt, wo unser Hoffen in Erfüllung gehen wird. Und diese Hoffnung soll Euch, die Ihr aus dem Reiche gekommen seid, ein Trost sein. Ihr werdet Euch freuen, wenn Ihr unsere Jugend mit Uniformen, Fahnen und Abzeichen seht, wenn Ihr Euch erinnert, daß Ihr das auch einmal gedurft habt. Heute dürft Ihr das nicht mehr, da man es Euch als „Staatsfeindlichkeit“ und „Verrat“ auslegt. Auch hier wohnen deutsche Brüder wie Ihr, die trotz der Drangsale, die sie erwarten, heimwollen zum Vaterland. Wir sind im Saargebiet heute, Gott sei Dank, noch frei. Katholisches Jungvolk wächst in dieser Freiheit.

Zurück zum Reich! Das wollen wir alle einmal. Aber der heutige Nachmittag sei eine

feierliche Proklamation dafür, daß wir bei dieser Heimkehr ins Reich ein Reich der frommen Sitte und Gottesfurcht, erwarteten, ein Reich, das nicht rüttelt an den Fundamenten, auf denen jedes Reich aufgebaut ist. Wir verlangen ein Reich, das in Ruhe läßt unseren Herrgott, das in Ruhe läßt Christus, den König unserer katholischen Jugend, ein Reich, das in Ruhe wirken und schaffen läßt unsere heilige Mutter, die katholische Kirche!

Liebe zum Vaterland ist es, wenn wir diese Forderungen mit aller Entschiedenheit, in aller Oeffentlichkeit, aber auch mit aller katholischen Energie erheben.

Wir Katholiken lassen uns viel gefallen, weil wir gehorsam sind, aber wir lassen uns nicht mehr alles gefallen!

Man hat mit der Kirche einen feierlichen Vertrag geschlossen, das Konkordat, und wir haben erwartet, daß dieser feierliche Vertrag gehalten würde. Wenn man aber daran geht, wesentliche Stücke aus diesem Vertrage herauszubrechen, dann müssen wir sagen: „So wars nicht gemeint, das machen wir nicht mehr mit!“ Wir haben als bestes Erbgut der alten Germanen die Treue geerbt und wollen sie halten. Und nun erleben wir soviel Wortbrüche und Treubrüche. Wir müssen erleben, daß in öffentlichen Versammlungen und Zeitungen ein Mann, wie Kardinal Faulhaber, der turmhoch über manchen Größen der heutigen Zeit steht, als „Schweinehund“ bezeichnet wird. Das lassen wir uns nicht gefallen. Ebensowenig lassen wir uns gefallen, daß man unsere Bischöfe kujoniert, daß man unsere Priester einsperrt und bespitzelt. Alle diese Anpöbelungen im neuen Reiche erdulden wir nicht mehr länger. Dem jugendlichen Führer der deutschen Jugend geben wir den wohlgemeinten Rat: Baut der katholischen Jugend einen eigenen Dom, dann habt ihr weniger Kommunisten in Eurem Lager! Aber statt dessen bannt man Euch aus dem öffentlichen Leben, die Ihr allein imstande seid, den Sturm von links, der bestimmt kommen wird, abzuhalten. Trotz Sturm, Drang und Kampf wächst die katholische Jugend. Solche Zeichen bedeuten für die katholische Jugend, was für das Gold der Schmelztiegel. Wir Alten wissen, daß wir uns auf Euch verlassen können, daß es Euch Ernst ist um die Parole. Wir Alten schauen mit Stolz auf Euren Bekennermut.

So, jetzt ist die Schlachtfront geklärt. Wir stehen im katholischen Lager als geschlossene Säule, kämpfen für Gott, für Christus und für unsere heilige Mutter, die Kirche, und wir versprechen, daß wir kämpfen werden bis zum letzten Mann.

Es kommt im Augenblick nicht darauf an, herauszuarbeiten, was der Nichtkatholik, was insbesondere auch der radikale Linkspolitiker gegen den einen oder anderen dieser Sätze zu sagen hat. Von Bedeutung ist in diesen Kampfmonaten an der Saar, daß katholische Führer und katholische Massen in wachsender Zahl ablehnen, für ein deutsches Regierungssystem einzutreten, das ihm mißliebige Weltanschauungen mit Terror niederzuhalten und auszurotten sucht. Der Katholizismus erinnert sich der Toleranz und der Freiheit, die er im Deutschland der Republik von Weimar genossen hat, und er verspürt keine Lust, seine Glaubensgenossen an der Saar rohen Parteibonzen des „dritten Reichs“ auszuliefern.

Nur gekaufte Subjekte können behaupten, daß irgendein Sozialist oder Kommunist oder Katholik an der Saar gegen Deutschland oder das Deutschtum kämpfe. Es geht für sie alle nur um ein Deutschland des freien Ringens aller geistigen Kräfte, die im deutschen Volke leben. **Wir wollen die Hitlerbonzen stürzen, um Deutschland zu retten. Das ist das Ziel des Saarkampfes.** Daher verdient er höchste Aufmerksamkeit und Unterstützung mit allen Mitteln bei allen Antifaschisten der ganzen Welt.

So berichtet die gleichgeschaltete Presse

Vollkommen entstellt . . .

Es genügt, zur Kennzeichnung der Vertuschungsmethode der gleichgeschalteten Presse wiederzugeben, was die „Saarbrücker Zeitung“ zu der Rede Bungartens schreibt: „Nach kurzen Begrüßungsworten des Präses des Homburger Gesellenvereins, Kaplan Pirro, sprach Pfarrer Bungarten, Saarbrücken, in packender Weise zu der aufmerksam lauschenden Jugend. Er rief seine Hörer auf, sich ungeachtet aller Anfechtungen zu Gott, zu Christus, zur Kirche zu bekennen. Nachdrücklich und wiederholt wies er aber auch darauf hin, daß es bei der Abstimmung nur eine Entscheidung geben kann: zurück zum Reich, zu unserem Vaterlande. Er forderte die tätige Mitarbeit aller beim Aufbau des deutschen Reiches“

Das Wesentliche, im Augenblick Entscheidende, wird also unterschlagen!

Kirchenkampf drängt zur Entscheidung

Müller ist die Eingliederung der Landeskirchen in die Reichskirche mißlungen

Berlin, den 17. Juni 1934.

Steht der deutsche Protestantismus vor der Entscheidung? Man muß mit solchen Ankündigungen vorsichtig sein. Seit den Tagen des Aufbruchs der Nation hat die evangelische Kirche viele Stürme erlebt, aber niemals war sie so niedergebrochen, daß nicht neue über sie hinwegbrausen konnten. Nun aber scheint es, als ob die Krisis einen Höhepunkt erreicht habe. Die Hoffnung des Reichsbischofs, daß es gelingen würde, bis zum 15. Juni sämtliche Landeskirchen der Reichskirche einzugliedern, hat sich nicht verwirklicht. Von den 28 Landeskirchen sind erst acht in die Müller-Front eingeschwenkt, und auch bei diesen ist der Kampf noch nicht zu Ende. Der Reichsbischof hatte den bayerischen Bischof Meiser und den württembergischen Bischof Wurm zu einer Besprechung über die Kirchenverfassung nach Wittenberg eingeladen. Von beiden Bischöfen ist der Vorschlag unter Berufung auf die in Barmen getroffenen Beschlüsse der Freien Synode abgelehnt worden. Weiter hat der Reichsbischof den Pastor von Bodelschwingh als Bischof von Westfalen vorgeschlagen und den Führern der Opposition mehrere andere wichtige Posten angeboten. Auch mit dem Rücktritt des Nationalsozialisten Dr. Oberheid vom Kirchenministerium war Müller einverstanden. Alle Vorschläge sind von der Opposition zurückgewiesen worden. Ein großer Teil der Geistlichkeit steht also noch wie vor im Protest. Schon wird von Austrittsbewegungen, so aus Hamburg, berichtet. Die Landesbischöfe müssen dauernde Unterschriftensammlungen entgegennehmen, in denen scharfe Forderungen zum Widerstand gegen die Kirchenzentralisation erhoben werden.

Mittelpunkt der oppositionellen Bewegung ist die Bekenntnissynode von Barmen geworden. Sie hat einen gewaltigen Eindruck unter dem evangelischen Volke gemacht und den widerstrebenden Pfarrern eine starke Rückendeckung gegeben. Die Niederlage der Politik des Reichsbischofs ist unabwendbar. Schon rufen Scharfmacher nach der Staatsgewalt, daß sie die Widerstrebenden mit allen Gewaltmitteln unterwerfen.

In Schwerin hat ein Sondergericht gegen sieben mecklenburgische protestantische Pfarrer getagt. Drei Pfarrer erhielten wegen Vergehens gegen die Verordnung zur Abwehr „heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung“ Gefängnisstrafen von sechs bis drei Monaten; die übrigen kamen mit Geldstrafen davon. In dem Prozeß wurde der bekannte Führer des Pfarrernotbundes Dr. Niemöller als Zeuge vernommen. Seine Aussage ergab, daß die Angeklagten Flugblätter des Pfarrernotbundes verteilt hätten. Ein Pfarrer aus Potsdam, der es abgelehnt hatte, den Stempel der Kirchengemeinde an die Zivilbehörde abzuliefern, wurde verhaftet. Die Geheime Staatspolizei in Münster hat zahlreiche Haussuchungen bei westfälischen Pfarrern vorgenommen, um den Ursprung von oppositionellen Flugblättern festzustellen....

Aufgeflogener Landeskirchentag

Stürmische Auseinandersetzungen

Vom kirchenpolitischen Kriegsschauplatz liegen eine Reihe neuer wichtiger Tatsachen vor.

Ein Landeskirchentag für die Landeskirche in Hessen-Kassel beschloß zunächst einstimmig die Vereinigung der Landeskirchen in Hessen-Kassel und Waldeck zur neuen Landeskirche von Kurhessen und Waldeck. Später kam es jedoch zu lebhaften Auseinandersetzungen. Bei der Wahl des Landesbischofs erklärte eine unter Führung von Pfarrer Dr. Ritter (Marburg) stehende Gruppe, aus personellen Gründen dem Bischofsgesetz nicht zustimmen zu können. Während die einstweilige Kirchenregierung an der Kandidatur des Oberkirchenrats Dr. Mezgins für das Amt des Landesbischofs festhielt und zu der von den Deutschen Christen aufgestellten Kandidatur von Pfarrer Thens (Kassel) erklärte, daß sie geeignet sei, Unruhe in das evangelische Kirchenvolk hineinzutragen, wiesen die Vertreter der „Deutschen Christen“ diese Darlegungen entschieden zurück und blieben bei ihrer Kandidatur. Bei der Abstimmung über das Gesetz wurden 30 Stimmen dafür und 27 dagegen abgegeben, so daß die verfassungsmäßige notwendige Zweidrittelmehrheit nicht erreicht worden war. Daraufhin erklärten die Vertreter der Deutschen Christen, daß sie an weiteren Verhandlungen des Landeskirchentages uninteressiert seien. Sie verließen den Verhandlungssaal und führten dadurch die Beschlußunfähigkeit des Kirchentages herbei, der darauf unter großer Unruhe geschlossen wurde.

„Dreinschlagen“

Sturmruf gegen die katholische Kirche

München, den 17. Juni 1934.

In Bayern spitzt sich der Gegensatz zwischen nationalsozialistischen Machthabern und den katholischen Autoritäten immer schärfer zu. Dazu haben die Zwischenfälle angesichts der Frohleichnamsprozession wesentlich beigetragen. Die Nationalsozialisten erblickten in der überaus starken Beteiligung an der Prozession eine Demonstration gegen sie, und gewiß haben sie darin nicht unrecht. Als Antwort darauf ist eine Rede des Gauleiters, Innenministers Adolf Wagner, anzusehen, die auf einer Massenkundgebung in Ingolstadt gehalten wurde: Er sagte u. a. wörtlich: **„Was mich heute am meisten drückt, ist die Tatsache, daß gerade aus den Reihen der Kirche die größte Kritik am nationalsozialistischen Staat geübt wird. Es kann blühen, daß ich noch einmal dreinschlage, dann aber so, daß es endgültig genügt. Wir denken nicht daran, an dem Gottesgedanken zu rütteln. Die junge Generation ist der Garant für die deutsche Zukunft. Wer seine Pflicht am Volke nicht erfüllen will, hat das Recht verloren, in Deutschland zu leben.“**

Schon vor Wochen waren vor dem Gebäude des „Bayrischen Anzeigers“ in Regensburg Demonstrationen erfolgt. Kürzlich ist das Blatt auf Grund der Veröffentlichung eines vor zehn Jahren geschriebenen Artikels des Kardinals Faulhaber für drei Monate verboten worden. Daraufhin kam es zu neuen, stürmischen Kundgebungen vor dem Verlagsgebäude, deren antikatholischen Tendenzen sich heftig entluden. Nach einer Meldung der „Bayrischen Ostwacht“, des Organs des bayerischen Unterrichtsministers, forderten die Demonstranten die Verhaftung der verantwortlichen Leiter des „Bayrischen Anzeigers“.

Kampf gegen die Katholizismus

In Oldenburg, wo der Kampf gegen Katholizismus besonders heftig tobt, hat der Innenminister soeben eine Bekanntmachung erlassen, daß Tageszeitungen als politische Schriften keine religiöse Beilagen bringen dürfen: „Im Landesteil Oldenburg gibt es mehrere Tageszeitungen aus der Zentrumszeit, die dem noch nicht Rechnung getragen haben. Diese Verquickung von Politik, Religion und Geschäft hat zu großen Unzuträglichkeiten geführt. Sie kann unter den gegebenen Verhältnissen im Interesse unseres deutschen Volkes nicht weiter geduldet werden. Religiöse Angelegenheiten müssen in religiösen Zeitschriften behandelt werden.“

Das erzbischöfliche Ordinariat Breslau hat eine Erklärung zum Schutze der kirchlichen Ehre erlassen, in der es heißt: In den letzten Wochen sind in verschiedenen Städten der Erzdiözese beleidigende Schmähungen und Verdächtigungen über Geistliche und katholische Jugendorganisationen von beachtenswerter Seite in öffentlichen Versammlungen ausgesprochen und in der Presse sowie auf zahllosen Flugblättern verbreitet worden. Weil aber alles das in voller Oeffentlichkeit sich vollzogen hat, ist es notwendig, auch öffentlich dagegen hiermit Einspruch und Verwahrung kundzugeben. Das katholische Volk wird zugleich ermahnt zur Wahrung der Ruhe und Geduld, zur Bewahrung der kirchlichen Einigkeit und zu beharrlichem Gebete zum Schutz der katholischen Organisationen.

„Zu Gottes Ehre“ verboten!

Die in Minden erscheinende Druckschrift „Zu Gottes Ehre“, Monatsbote für die evangelisch-reformierte Petrigemeinde in Minden, ist vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen auf die Dauer von einem Monat verboten worden.

„Tiefgehende Erbitterung“

Unter den weiblichen Volksgenossen

Hamburg, 16. Juni. (Inpreß): Die nationalsozialistische Frauenführerin Rogge-Börner schreibt, offenbar unter dem Druck weiter unzufriedener Kreise, in der in Hamburg erscheinenden „Deutschen Kämpferin“: „Arbeit ist Inhalt, Zweck und Krönung des Menschenlebens. Man glaubt, aus der augenblicklichen Krise herauszukommen, indem man den weiblichen Teil des Volkes von seinem natürlichen Recht auf Arbeit ausschließt. Dieser schicksalschwangere Fehler wird nicht ohne Fehler für das Volksganze bleiben... Auf den ersten Blick könnte es logisch scheinen, alle arbeitenden Frauen durch Männer zu ersetzen, damit die Männer so instand gesetzt werden, sich zu verheiraten. Es gibt indessen keinerlei Garantie dafür, daß sich die Männer, die Arbeit bekommen, verheiraten. Das umso mehr, als es sich durchweg um kümmerliche und unzureichend bezahlte Arbeit handelt, die die Schaffung einer Familie überhaupt nicht nötig macht. Reaktionäre Maßnahmen, die gewaltsam die Frauen vom Recht auf Arbeit ausschließen, bringen keine Lösung, sondern im Gegenteil eine tiefgehende Verbitterung unter den weiblichen Volksgenossen.“

Ribbentrops Bittgänge

Auch in Paris abgeblitzt

Paris, 18. Juni. Gelegentlich eines privaten Aufenthaltes in Paris traf der Beauftragte der Reichsregierung für Abrüstungsfragen, von Ribbentrop, den französischen Außenminister Barthou, mit dem er eine lange Aussprache über die deutsch-französischen Beziehungen hatte.

*

So berichtet die gleichgeschaltete deutsche Presse.

Es ist bekannt, daß der Besuch von Ribbentrops in England ein vollendeter Mißerfolg war. Auch die Pariser Reise des Hitlerschen Sonderbeauftragten war ohne jedes Ergebnis. Das behaupten nicht nur einmütig die französischen Zeitungen, sondern geben kleinlaut auch die deutschen zu. Den einzigen Trost findet man in einer französischen Agenturmeldung, die von Ribbentrop nachsagt, in französischen Kreisen habe man den Eindruck gewonnen, daß der deutsche Sonderbeauftragte großes Fingerspitzengefühlt gezeigt habe. Er sei ein neuer Mann, noch jung, und man werde sicherlich noch von ihm hören.

Für die Befreiung Thälmanns

Ein sozialdemokratischer Beschluß

(J. J) Der „Populaire" vom 6. Juni veröffentlicht einen Bericht über die Sitzung des Parteivorstandes der Sozialistischen Partei (S. F. J. O.) vom 5. Juni. Diesem Bericht entnehmen wir:

Auf die Einladung der Kommunistischen Partei, eine gemeinsame Aktion für die Befreiung Thälmanns und anderer Opfer des Hitlerregimes durchzuführen, hat der Vorstand der Sozialistischen Partei einstimmig bei drei Stimmenenthaltungen beschlossen, folgende Antwort an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei zu richten:

„In Beantwortung Ihres Schreibens beauftragt mich der Parteivorstand, Ihnen mitzuteilen, daß er sich, ganz ohne Hintergedanken, zu dem Vorschlag, den die Kommunistische Partei direkt an ihn gerichtet hat, beglückwünscht. Die Sozialistische Partei ist immer bereit, die Arbeiterklasse zur Einigkeit aufzurufen, da sie die Hoffnung der Wiederherstellung der vollständigen Einigkeit des Proletariats nie aufgegeben hat.

Die Resolution des Nationalrates der Partei vom 11. März 1934 erteilt unseren Föderationen die Vollmacht, im antifaschistischen Kampf für ein bestimmtes Ziel gemeinsame Aktionen und Manifestationen zu organisieren.

Der Parteivorstand stellt fest, daß eine Protestkampagne zur Rettung Thälmanns vor dem ihm drohenden Schicksal und zu seiner Befreiung und der aller übrigen Opfer des Faschismus eine der wichtigsten Forderungen darstellt, die diese Resolution meint. Er ist bereit, den Föderationen in diesem Sinne Aufträge zu erteilen und mit der Kommunistischen Partei Fühlung zu nehmen, um mit ihr zu untersuchen, in welchen Städten und unter welchen Bedingungen die gemeinsamen Veranstaltungen organisiert werden könnten.

Der Parteivorstand möchte jedoch von der Kommunistischen Partei von vornherein die Zusicherung erhalten, daß die Polemiken, die gegen unsere Partei und unsere Mitglieder gerichtet sind, bis zur Beendigung dieser Kundgebungen aufhören mögen. Ein solcher Waffenstillstand, den wir im voraus unterschreiben, scheint uns allein imstande zu sein, eine Atmosphäre zu schaffen, ohne die eine gemeinsame Aktion, und sei sie noch so gut vorbereitet, keine Kraft und Bedeutung erhalten könnte."

Kämpfe auf Kuba

Maschinengewehrfeuer auf eine faschistische Kundgebung — Bisher 13 Tote

Neuyork, 18. Juni. Wie aus Havanna gemeldet wird, haben die Kommunisten einen Feuerüberfall auf die faschistische ABC-Organisation verübt, bei dem — wie bisher festgestellt wurde — 13 Personen getötet und 60 verletzt worden sind.

Etwa 15 000 Mitglieder der ABC-Organisation veranstalteten eine Kundgebung. Plötzlich kam aus einer Seitenstraße ein mit mehreren Personen besetzter Kraftwagen und eröffneten auf die vorbeiziehende Kolonne Maschinengewehrfeuer. Die Teilnehmer der Kundgebung erwiederten das Feuer und nahmen die Verfolgung auf. Drei Insassen des Kraftwagens wurden getötet, der vierte erlitt schwere Brandwunden.

Frei die Saar!

Eine Landeskonferenz der Freiheitsfront des Saargebiets
Vertrauenskundgebung für Max Braun

In einer Landeskonferenz der Freiheitsfront des Saargebietes in Saarbrücken wurde eine Reihe von Entschließungen gefaßt, die angesichts des immer schärfer einsetzenden Abstimmungskampfes von Bedeutung sind.

1. Politische Entschließung

Die Abstimmung kann nur dann frei und unbeeinflußt sein, wenn die Freiheit des Abstimmungskampfes, das Geheimhalten der Stimmabgabe und die Unmöglichkeit der Vergeltung nach der Abstimmung gesichert werden.

Die Regierungskommission bzw. die Abstimmungskommission haben nicht nur für Ruhe und Ordnung überhaupt zu sorgen, sondern sollen jeder Richtung die Möglichkeit der ungehinderten Werbung für ihre Auffassung sichern und den Zustand wieder herstellen, wie es vor der unberechtigten Gleichschaltung und vor den ungesetzlichen Boykottmaßnahmen durch die Deutsche Front bestand.

Vom Völkerbundsrat verlangen wir den Ausbau der bisher verabredeten völlig ungenügenden Garantien zu wirklichen Sicherungen gegen jeden Terror vor sowie gegen jede Form der Vergeltung nach der Abstimmung und Ausdehnung dieser Sicherungen auf alle Saarbewohner.

Wird die vertragsmäßige freie, geheime und unbeeinflußte Abstimmung gesichert sein, so ist das Abstimmungsergebnis nicht zweifelhaft: Hitler wird an der Saar keine Mehrheit haben! Die große Mehrheit der Saarbevölkerung wird weder ihr Deutschtum verleugnen, noch sich für die Sklaverei im Dritten Reich entscheiden.

Die Konferenz begrüßt die Parole des Landesvorstandes: für eine freie deutsche Saar im freien deutschen Staate, sobald er wieder bestehen wird oder im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung an der Saar, solange das deutsche Volke im Reiche von Hitler und seinen Banden vergewaltigt wird! Ueber den Sieg gegen Hitler hinaus führt die SLS. den Kampf für die Umgestaltung des gegenwärtigen Zustandes an der Saar im Sinne der weitgehenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Selbstverwaltung der Saarbevölkerung.

2. Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die am 17. Juni 1934 in Saarbrücken tagende Konferenz der Freiheitsfront des Saargebietes fordert erneut von der Regierungskommission den Schutz der Koalitionsfreiheit der freigesinnten Arbeiter und Angestellten. Die Verweigerung der Versammlungssäle, der offene und geheime Druck und sonstige Maßnahmen von Arbeitgebern und Unternehmern gegen freiorganisierte Arbeiter und Angestellte, sind mit dem Teil XIII des Friedensvertrages nicht in Einklang zu bringen.

Die Konferenz begrüßt die verständnisvolle Unterstützung der in der Internationalen Arbeitskonferenz vereinigten Arbeitnehmervertretung der ganzen Welt in dem Kampfe um das Menschenrecht der freiorganisierten sozialistischen Arbeitnehmer im Saargebiet.

Die Freiheitsfront des Saargebietes kämpft für die wirtschaftlichen und sozialen Gegenwartsforderungen der freien Arbeiter und Angestellten. Die Sorgen um die Freiheit, um das Menschenrecht, die wirtschaftliche und soziale Zukunft der arbeitenden Menschen zwingt die organisierte Freiheitsfront zur Abwehr gegen das undeutsche Hitlerregime.

Die Freiheitsfront will in ihrem Kampfe die deutschen Saararbeiter und Angestellten vor dem Konzentrationslager, den Zuchthäusern, der Emigration mit allen Leiden unschuldiger Menschen, vor dem Schaden an Personen und deren Eigentum bewahren, den Arbeitern und Angestellten ihre Kampforganisation und damit das Arbeiterrecht auf allen gesellschaftlichen Gebieten und ihre Lebensmöglichkeiten sowie die erworbenen sozialen Rechte aller Art erhalten.

Dieser Kampf um die Erhaltung des deutschen Saarbodens und der Kulturgüter deutscher Menschen, der Kampf um die wirtschaftliche und politische Verständigung der 800 000 Saarbewohner ist kein Separatismus. Wir wollen den deutschen Boden der Saar nur dem wahren Deutschtum erhalten.

Die Konferenz fordert vom Völkerbund und der ihm angeschlossenen Länder neben der freien, unbeeinflußten Abstimmung, auch nach derselben den Schutz von Leben und Eigentum, der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensmöglichkeiten der Saarbevölkerung sowie alle in den Bestimmungen des Friedensvertrages garantierten Rechte jeder Art.

Wir richten an die freiheitliebende Saarbevölkerung den Appell, die Freiheitsfront in ihrem Kampfe um deutsche Freiheit und Kultur sowie das Lebensschicksal der Bevölkerung zu unterstützen.

Wir richten gleichzeitig den dringenden Appell an alle antifaschistischen Bevölkerungskreise des Saargebietes, als erste Voraussetzung der Einheitsfront einen Waffenstillstand einzugehen. Das bedeutet: Einstellung jedes gegenseitigen Kampfes! Ist diese Voraussetzung erfüllt, dann werden sich alle Voraussetzungen für eine Einheitsfront von selbst ergeben.

Gegen Verleumdungen

Die Konferenz nahm dann Stellung zu einer Reihe von Angriffen gegen Max Braun, die im „Saarbrücker Abendblatt" in regelmäßigen Intervallen zu erscheinen pflegen. Einstimmig wurde dazu eine Entschließung angenommen, deren entscheidenden Partien lauten:

Die gegen M. Braun erhobenen Vorwürfe, insbesondere über die Unterschlagung von irgendwelchen Geldern oder die Herreinnahme französischer Gelder sind als ebenso haltlose wie lächerliche und infame Verleumdungen festgestellt worden, die nur den Zweck verfolgen, den Führer der saarländischen Freiheitsfront Max Braun zur Strecke zu bringen in der bewußten Absicht, damit die Freiheitsfront zu treffen. Dies wird niemand gelingen!

Die Funktionäre der SLS. erklären feierlichst, daß sie diesen Absichten, einerlei ob sie von Renegaten oder durch die faschistischen Gegner gezeigt werden, ihren geschlossenen einmütigen Willen entgegensetzen und hinter ihrer gewählten Parteiführung stehen werden!

Die Funktionäre sind sich bewußt, daß die Hetzer gegen die Freiheitsfront und deren Führung, je näher wir der Saarabstimmung kommen werden, von den gemeinsten Mitteln der Diffamierung und Verleumdung nicht zurückschrecken werden. Ein millionenfacher Reptilienfonds steht ihnen dafür zur Verfügung.

An alle Anhänger der Freiheitsbewegung im Saargebiet lassen die Funktionäre die Mahnung ergehen: Laßt Euch nicht von den kapitalistischen und faschistischen Agenten und ihrer gleichgeschalteten Presse irremachen! Kämpft mit uns gegen Unterdrückung und Sklaverei, für Freiheit und Gerechtigkeit!

Gefunden!

Die 17 Vermißten des „Knut Hamsun"

dnb. **Panama**, 18. Juni. Die 17 vermißten Besatzungsmitglieder des Frachtschiffes „Knud Hamsun" sind jetzt, nachdem sie mehr als vier Tage mit ihrem Boot auf dem offenen Meer getrieben waren, auf der Höhe von Santa Cruz del Sur gerettet worden. Die Geretteten waren dem Verschmachten nahe, da sie weder Wasser noch Nahrungsmittel im Boot hatten. Besonders hart hatten sie unter den Unbilden der Witterung zu leiden.

Wirbelsturm in Amerika — Bisher sechs Tote

dnb. **Morgan-City** (Louisiana), 18. Juni. Ein überaus heftiger Wirbelsturm richtete in Mississippi und Louisiana schweren Schaden an. Nach den bisherigen Meldungen sind sechs Personen getötet und etwa 100 verletzt worden. Man rechnet jedoch damit, daß die Zahl der Todesopfer sich bedeutend erhöhen wird, da die Berichte aus den entlegeneren Landesteilen noch ausstehen.

Das Neueste

Ueber ganz Frankreich geht augenblicklich eine Hitzewelle hinweg, die sich am Sonntag mit einem Thermometerstand von über 31 Grad im Schatten ausdrückte. Aus allen Provinzen werden ähnliche Temperaturen gemeldet. Verbunden mit dieser Hitze ist eine starke Trockenheit, die für die Ernte das Schlimmste befürchten läßt. In einigen Stadtvierteln in Lille herrschte Samstag und Sonntag so großer Wassermangel, daß die Bewohner gezwungen waren, sich das köstliche Naß aus anderen Vierteln zu holen. Die Stadtverwaltung hat daraufhin beschlossen, die Bevölkerung aufzufordern, sparsam mit dem Wasser umzugehen.

Bei einem Zusammenstoß zwischen feindlichen politischen Truppen wurden Sonntag abend in Havanna 10 Personen getötet und etwa 50 verletzt. Zwei Stunden lang war in den Straßen der Hauptstadt eine regelrechte Schlacht im Gange.

Der Ausstand von 15 000 Werftarbeitern in den Hafenstädten des Stillen Ozeans ist nach fünfwöchiger Dauer heute beigelegt worden.

Minister, Jugendführer und Sittenprediger

Von besonderer Seite wird uns aus der Hauptstadt eines fernen Landes geschrieben:

Wir sind keine Splitterrichter. Die abnorme Veranlagung eines Ministers würde uns nicht interessieren, wäre nicht an der Verherrlichung durch seine angeblich ganz auf Sittlichkeit und inniges Familienleben eingestellte Partei ihre abgrundtiefe Verlogenheit nachzuweisen. Anders beurteilen wir eine Betätigung dieses Ministers, die ihn als völlig verwahrlost und des Sinnes für Sauberkeit entbehrend erkennen läßt.

Bei der Staatsanwaltschaft unserer Hauptstadt befindet oder sagen wir lieber vorsichtig befand sich bis zur Tronbesteigung unseres neuen Herrschers ein Aktenstück, das seine Entstehung einem üblen Abenteuer des jetzigen Ministers verdankt. Im Jahre 1931 oder 1932 hatte der ehrenwerte Herr bei einer Anwesenheit in unserer Hauptstadt, die damals noch nicht den Vorzug hatte, ihn zu ihren Bürgern zu zählen, einen Dienstmann und einen Strichjungen von der Straße in ein fragwürdiges Hotel mitgenommen, hatte sich mit ihnen ins Bett gelegt und ihnen befohlen, sich zu seiner Extravaganz an einander zu betätigen, was denn auch selbstverständlich gegen Bezahlung geschah. Das widerliche Vorkommnis war zur Kenntnis der Behörden gelangt. Der zuständige Staatsanwalt, anscheinend vom gleichen Schlage wie jener Richter, der sich jetzt in der Presse beweihräuchern läßt, weil er in den Zeiten der Republik zugunsten staatsfeindlicher Bombenleger das Recht gebeugt hat, stellte das Verfahren gegen den jetzigen Minister ein, weil dieser selbst sich eine Verfehlung gegen das Gesetz nicht habe zuschulden kommen lassen. Daß der Beschuldigte sich der Anstiftung zu diesem Vorgehen schuldig gemacht hatte, war anscheinend übersehen worden. Der neue Herrscher und seine Paladine kennen diesen Tatbestand. Trotzdem konnte jener Mensch Ehrenbürger seines Heimatlandes und Minister und Jugendführer werden. Minister vom alten Adel und betont christlicher Gesinnung schütteln ihrem Kollegen die Hand und bringen ihre Frauen mit ihm zusammen.

*

Ob der Minister sich noch immer an Dienstmännern und Strichjungen erfreut, schreibt unser Gewährsmann nicht. Wir wollen ihn auch nicht fragen, denn es ist ein fernes, fernes Land, und Briefe dahin gehen manchmal verloren.

Jubiläumsfeier mit Hindernissen

(Sopade). Die Berliner Elektrizitäts A.G. (Bewag) feierte Anfang Mai das 50jährige Bestehen der Berliner Elektrizitätsversorgung. Die heutige Bewag hat im Laufe dieser Zeit einige bedeutsame Wandlungen durchgemacht. Nach dem Kriege stellte sie den Zusammenschluß aller Berliner Elektrizitätswerke her und war ein rein kommunaler Betrieb. In der Krisenzeit erfolgte die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, an der in größerem Umfange ausländisches Kapital beteiligt wurde. Nach dem Hitlersieg sicherten sich die Nazis selbstverständlich den Einfluß auf dieses Großunternehmen und jetzt feiern sie das Jubiläum eines Werkes, an dessen Aufbau und Leistungen sie nicht das geringste Verdienst haben.

Die Feier wurde von langer Hand vorbereitet. Den Angestellten der Bewag, die in früheren Jahren zu Weihnachten ein Monatsgehalt als Gratifikation erhielten, wurde Weihnachten 1933 mitgeteilt, daß sie diese Gratifikation erst im Mai 1934 aus Anlaß der Jubiläumsfeier erhalten würden. Sie erhielten Anfang Mai aber lediglich eine Jubiläumsschrift „50 Jahre Bewag" und außerdem die Nachricht, daß alle verheirateten Angestellten einen elektrischen Kochherd nebst Zubehör erhalten würden. Das in Aussicht gestellte Bargeschenk wurde nicht ausgezahlt, und die ledigen Angestellten mußten sich überhaupt nur mit der Lektüre der Jubiläumsschrift begnügen.

Die eigentliche Jubiläumsfeier fand im „Clou" statt. Selbstverständlich war für alle Angestellten der Bewag der Besuch dieser Veranstaltung Pflicht. Es wurde aber angeordnet, daß niemand in Uniform erscheinen dürfe. Weder SA.-Uniform, noch Ley-Anzug durfte getragen werden. So kam in Berlin zum ersten Male seit vielen Monaten eine zivile Veranstaltung zustande, deren ungewohntes Bild nur dadurch belebt wurde, daß die unentwegten SA.-Leute im Knopfloch ihrer Zivilanzüge Büroklammern trugen. Der Grund dieser Scheu, Uniform zu zeigen, liegt nahe. Man wollte den ausländischen Geldgebern, die als Ehrengäste geladen waren, nicht das Schauspiel einer militärischen Zwangsveranstaltung bieten.

Trotz dieser Bemühungen, guten Eindruck zu machen, erlebten die Leiter der Veranstaltung während der Feier noch eine peinliche Panne. Als zweiter Redner sprach Pg. Engel. Er wurde mit sehr dünnem Beifall empfangen und seine Rede begegnete eisigem Schweigen. Das brachte den braunen Bonzen in Harnisch, und er ließ sich in seiner Festrede zu der Erklärung hinreißen, daß er erst jetzt sehe, wieviel es in der Bewag noch auszuräumen gäbe, ehe der Betrieb als wirkliche nationalsozialistische Betriebsgemeinschaft angesehen werden könne. Nach seiner Rede trat ein ausländischer Gast, und zwar der Vertreter der Sofina, eine Mitbesitzerin der Bewag, auf Engel zu und erklärte unter stürmischem Beifall der Versammlung, daß in der Bewag Herr Engel nicht allein regiere. Die Bewertung der Angestellten der Bewag werde daher auch in Zukunft nicht nach ihrer Gesinnung, sondern nach ihren Leistungen erfolgen.

Schutt und Schmutz — das Wesen der Diktatur!

Mussolini und Hitler

Von Dr. Richard Kern

Was hat der Faschismus nicht alles versprochen! Ein neues Reich der Wohlfahrt und des Glückes wollte er heraufführen, in dem der Bauer und Handwerker, erlöst von der Zinsknechtschaft des raffenden Kapitals und dem Steuerdruck des „liberalistischen" Systems, befreit von der Konkurrenz der großkapitalistischen Unternehmungen, eine gesicherte und auskömmliche Existenz genießen, in dem der Arbeiter, froh der Segnungen des neuen Sozialismus, im gesicherten Arbeitsplatz des höheren Einkommens teilhaftig würde, das die neue Führung der autarken Wirtschaft und die nationale Opferbereitschaft der Unternehmer-Pg's. ihm sichern. Eine saubere Staatsführung würde unter stetiger Erleichterung der Steuerlasten den Staatshaushalt in Ordnung halten, den Beamtenapparat einschränken und die Schuldenlast vermindern. Das geeinte Volk, von neuer Würde erfüllt, im Vertrauen zum Führer geeint, würde in wiedergefundener Kraft der bewundernden Welt das Gesetz seines Handelns auferlegen... Die Voraussetzung ist in Erfüllung gegangen: das Volk wurde in seinem Führer geeint — mit Lug und Trug, mit Terror und Mord und Konzentrationslagern, die demokratische Selbstbestimmung restlos beseitigt, die faschistische Staatsgewalt wurde schrankenlos.

Zwölf Jahre ist Mussolini an der Macht, übt er unumschränkte Herrschaft. Als er sie übernahm, setzte der erste große wirtschaftliche Aufschwung ein, der 1924 und 1925 kurz unterbrochen, an der Hochkonjunktur von 1929 gipfelte. Italien hatte, anders als Deutschland, keine Kriegstribute und der Sieg hatte wertvollen Gebietszuwachs gebracht.

Zwölf Jahre regiert Mussolini... Große öffentliche Arbeiten wurden unternommen, neue Stätten der römischen Kultur freigelegt, aus aller Herren Länder strömten gefällige Journalisten, Künstler, Literaten zusammen und verkündeten den Ruhm des Regimes. Die pontinischen Sümpfe wurden getrocknet, ohne Rücksicht auf die Kosten neues Ackerland gewonnen. Die Weizenschlacht wurde begonnen, Italien sollte in der Lebensmittelversorgung autark werden ohne Rücksicht auf die Kosten; denn die Nahrungsfreiheit ist eine wichtige Voraussetzung für die Kriegsführung. Und deshalb wurde die Wirtschaft „angekurbelt", die Elektrizitätsversorgung subventioniert, um von der ausländischen Kohlenzufuhr möglichst unabhängig zu werden, die Waffen- und Motorindustrien gefördert.

Vor kurzem hat Mussolini in der italienischen Kammer eine große aufsehenerregende Rede gehalten. Hat er von der siegreichen Weizenschlacht, von den Erfolgen seines Systems, von den Segnungen des Faschismus gesprochen? Ach nein! Der Diktator erneuert nicht mehr die Versprechen, mit denen er die Macht ergattert hat. Er hat sich mit dem Elend abgefunden.

„Wir gehen," erklärt Mussolini, „einer Periode entgegen, in der die Menschheit auf einem tieferen Niveau ihrer Lebenshaltung ihr Gleichgewicht finden wird. Aber man braucht sich deshalb nicht zu beunruhigen. Diese Menschheit kann eine starke Menschheit sein, fähig des Enthusiasmus und der Heroismus."

Der faschistische Herrscher findet sich mit dem Elend der Beherrschten ab, in der Hoffnung, daß sie geeignetes Kanonenfutter bleiben. Aber warum das Geständnis?

Nach 12 Jahren Faschismus ist die italienische Wirtschaft und der italienische Staat bankrott infolge der Verschwendung, der Korruption, des skrupellosen Leichtsinns, der Ignoranz und der Hochstapelei des von jeder öffentlichen Kritik und jeder demokratischen Kontrolle befreiten Systems.

Das italienische Bankensystem hat noch vollständigeren Bankrott gemacht als das deutsche, obwohl es keinen plötzlichen Ruin ausländischer Gläubiger ausgesetzt war. Es mußte mit verhältnismäßig noch größeren Kosten als das deutsche vom Staate mit Hilfe der Notenbank saniert werden. Die italienischen Banken waren vollgepfropft mit faulen Schulden der Industrie, die sie unter dem Druck der Diktatur wahllos gewähren mußten. Die überschuldete, künstlich aufgezüchtete Industrie gehörte praktisch den Banken. Um sie überhaupt wieder funktionsfähig machen, wurden alle diese festgefrorenen Engagements in eine neue Industriesanierungsbank eingebracht, deren Kapital vom Staat mit Hilfe der Notenbank aufgebracht ist. Resultat zwölfjähriger faschistischer Wirtschaftspolitik:

Ein Staatskapitalismus, der alle zweifelhaften und unrentablen Wirtschaftsunternehmungen umfaßt und ein Rest von Privatkapitalismus, der die noch profitbringenden Zweige ausbeutet!

Gegenwärtig, sagt Mussolini, ist es „der Staat, der drei Viertel der italienischen Industrie und Landwirtschaft seine Hilfe gewähren muß. Das sei die Schuld der Banken, Kapitalisten, Industriellen und Grundbesitzer, die das hart erworbene Geld der Einleger, Gläubiger und Aktienbesitzer verwirtschaftet hätten. Das mag schon wahr sein. Aber was hat die Allmacht Faschismus, die Allgewalt des Führers getan, um diese frevelhafte Wirtschaft zu verhindern? War denn Mussolini je etwas anderes als der skrupellose Klopffechter, der italienische Faschismus etwas anderes als der brutale Stoßtrupp des italienischen Kapitalismus?

Der Staat, der der bankrotten Wirtschaft helfen soll, ist selbst bankrott. Das Defizit im Staatshaushalt betrug am 28. Februar 3 Milliarden Lire und wird bis zum Ende des Fiskaljahres (30. Juni) etwa 7 Milliarden erreichen (1 Lire ungefähr ¼ Goldmark). Die Schuldenlast, an sich furchtbar drückend, stieg rapid auf 88 Milliarden im Juli 1930, auf 96 im Januar 1933 und auf 102 Milliarden Ende März 1934. In den Dienst der Staatsfinanzierung werden sämtliche flüssigen Mittel des Landes gestellt, namentlich die der Postsparkassen. Diese geben Postsparkassenbonds aus, die von den Inhabern jederzeit fristlos kündbar sind. Die Bonds erreichten Ende März die gewaltige Summe von 10,3 Milliarden. Es ist also eine gefährliche Festlegung, eine fortschreitende Illiquidierung aller verfügbaren Mittel erfolgt — ein Prozeß übrigens, wie er jetzt auch in Deutschland beginnt.

Die wirtschaftliche und finanzielle Bankrottpolitik wird verschärft durch die faschistische Wirtschaftspolitik und Rüstungspolitik. Der Einfuhrbedarf ist trotz aller autarkistischen Experimente hoch, aber der Export geht immer weiter zurück. In den ersten vier Monaten stieg das Defizit der Handelsbilanz auf 965,8 Millionen Lire gegen 552,6 Millionen Lire des Vorjahres. Die Goldreserven der Bank von Italien erlitten in derselben Zeit einen Verlust von über 600 Millionen Lire. Die Lira hat in den letzten Wochen einen Schwächeanfall und ihr Kurs sank auf den internationalen Börsen um zirka 5 Prozent. Seitdem ist eine leichte Befestigung eingetreten und hartnäckig erhält sich das Gerücht, daß die Bank von Frankreich der italienischen Notenbank Hilfe gewährt hatte, was, die Richtigkeit vorausgesetzt, auch von erheblicher politischer Bedeutung wäre.

Dieser Vorfall von Wirtschaft und Finanzen spielt sich nun auf der Unterlage eines ohnehin schon unglaublich niedrigen sozialen Niveaus ab.

Das Elend der bäuerlichen Massen, der Landarbeiter, Halb- und Viertelpächter, der Arbeiter und Beamten, deren Löhne und Gehälter fortwährend reduziert wurden, ist immer groß gewesen und der Faschismus steigert es fortwährend. Der Lohnindex im Jahre 1933 betrug nur noch 85,5 Prozent (1928/1929=100) und die Gehälter der in öffentlichen Diensten Stehenden wurden 1930 allgemein um 12 Prozent herabgesetzt. Jetzt ist Mussolini zu einem neuen Angriff geschritten. Die Finanzen sollen saniert werden, die Krise wird beängstigend. Aber, erklärt Mussolini in seiner Rede, der „Steuerdruck hat seine äußerste Grenze erreicht. Der italienische Steuerzahler muß eine Zeitlang absolut in Ruhe gelassen werden. Wenn möglich, muß er entlastet werden, soll man ihn nicht eines Tages unter seiner schweren Last zermalmt tot auffinden!" Aber auch Anleihen sind nicht mehr möglich und so dekretiert der Führer einen neuen Lohn- und Gehaltsabbau der Staatsangestellten von 6 bis 12 Prozent, wobei die Teuerungs- und Familienzulagen sogar um 10 bis 50 Prozent verringert werden. Zugleich werden die Mietzinse der Wohnungen um 12 und die der Geschäftsräume um 15 Prozent herabgesetzt und jener Kampf für Preisherabsetzung angekündigt, dessen Erfolglosigkeit sich stets nach kurzer Zeit herausstellt.

Dem Angriff Mussolinis auf die Kaufkraft und das Lebensniveau der Staatsangestellten ist der Angriff des Kapitals auf die Arbeiter auf dem Fuß gefolgt. Die italienische Großindustrie führt gleichfalls einen Lohn- und Gehaltsabbau von 8 bis 12 Prozent durch und der Leiter des Reichsverbandes der italienischen Industriellen, Alberto Pirrelli, hat die Frechheit, Mussolini zu telegrafieren:

„Die italienische Industrie befolgt mit glühender Ueberzeugung und geschlossener Ergebenheit die von Ihnen mit Meisterhand vorgezeichneten Richtlinien, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und den Export zu erhöhen, damit die Unveränderlichkeit der Währung gesichert und die Volkswirtschaft gefestigt wird."

Fortschreitender Bankrott, zunehmende Verelendung der geknechteten Massen, wachsende Not der Bauern, steigende Bedrängnis des städtischen Mittelstandes, Bruch aller Versprechungen — das ist das Resultat der Herrschaft des Faschismus. Daher Mussolinis erzwungenes Geständnis von der kommenden Periode der niedrigen Lebenshaltung. Aber nicht um die „Menschheit" handelt es sich, sondern um die ihrer Rechte und ihrer Selbstbestimmung beraubten Massen in den Ländern der Diktatur.

Dem Mussolini freilich bleibt nichts übrig als der Appell an die bestialischen Instinkte. Denn was er als „Enthusiasmus" und „Heroismus" verherrlicht, ist ja nichts anderes als die Weckung der Mordlust zu einem europäischen Bürgerkrieg.

„Nie von Aufrüstung sprechen... Die Geschichte lehrt uns, daß der Krieg stets die Höherentwicklung der Menschheit begleitet... (Auch wenn er uns in die faschistische und nationalsozialistische Barbarei zurückstößt?) Der Krieg ist für die Massen, was die Mutterschaft für das Weib... Ich glaube nicht an den ewigen Frieden, der die Grundtugenden des Mannes vereinen würde, der sich erst im blutigen Kampf zum vollen Licht der Sonne erhebt."

Doch diese Blutlyrik hat ihre prosaische Seite. In derselben Rede, in der Mussolini das Elend der Massen, den verzweifelten Zustand der Wirtschaft und der Finanzen enthüllt, werden neue Rüstungsausgaben angekündigt; von 1934 bis 1940 wird eine Milliarde für neue Kriegsschiffe und eine zweite für Erneuerung der Luftstreitkräfte bereitgestellt. Die italienische Rüstungsindustrie kann beruhigt sein und die Bankrottwirtschaft dauert fort.

Wie der Herr, so's Gescherr! Dem großen Duce folgt der kleine Goebbels. Er hat die Rede des Meisters sofort in ein schlechtes nationalsozialistisches Deutsch übertragen — Geständnis sowohl als Appell an die Bestialität. In einer Rede gegen die Miesmacher in Bremen gestand er:

„Wenn von den Kritikern und Nörglern gesagt wird, ja, aber drei Millionen stehen noch draußen und haben keine Arbeit, so halten wir es für sozial richtig, daß die vier Millionen, die in Arbeit stehen, sich mit niedrigeren Löhnen begnügen, bis auch die andern in Arbeit stehen. Wir wissen, daß der deutsche Arbeiter das niedrige Lohnniveau überstehen wird; denn ihm wird es lieber sein, in einem Regime zu arbeiten, das nur auf Ehrlichkeit und nicht auf Illusionen aufgebaut ist."

Es ist gewiß nett von diesen lumpenproletarischen Emporkömmlingen, daß sie zu den riesigen Einkommen auch noch die Gewißheit erworben haben, daß die Arbeiter schon das „niedrige Lohnniveau überstehen" werden! Die Hitler und Goebbels und Göring und Ley's werden es von der Höhe ihres neu erreichten Lohnniveaus zunächst ruhig abwarten können in der anderen Gewißheit, daß die „Regierung, wenn die Not des Landes es erfordert, ein scharfes und erbarmungsloses Regiment führen muß".

Aber festhalten wollen wir das Geständnis, das bisher als Greuelmärchen gegolten hat, daß eine allgemeine Lohnreduktion erfolgt, daß die Kosten der Arbeitsbeschaffung, soweit sie überhaupt stattgefunden hat, zu Lasten der beschäftigten Arbeiter gegangen ist, daß die Not unter Hitler gestiegen und noch nicht zurückgegangen ist.

Wenn aber Goebbels jetzt meint, daß die Nationalsozialisten „nichts weiter hätten tun können, als nur den Schutt und Schmutz wegräumen, den wir bei der Machtübernahme vorfanden", so steht das in unlösbarem Widerspruch zu den Ruhmesreden des Propagandaministers, der bis vor kurzem nicht genug daherschwätzen konnte über das Vollbrachte, über die ungeheueren Leistungen. Jetzt wird selbst der Lautsprecher der Diktatur erheblich kleinlauter. Denn die Nationalsozialisten haben zwar keinen Schmutz und Schutt aufgeräumt, sondern ihn in riesiger Höhe aufgehäuft,

aber weggeräumt haben sie — und gründlich den Goldschatz der Reichsbank. Er ist jetzt auf 120,5 Millionen gefallen; die Notendeckung beträgt 3,4 Prozent und die Krise wird immer würgender.

Die Maßnahmen der Kriegswirtschaft verschärfen sich. Die Ueberwachungsstelle für Kautschuk hat Höchstsätze für die Rohgummiverwendung pro Decke bzw. Schlauch der Fahrräder erlassen, um Devisen bei der Einfuhr von Gummi zu sparen und bald wird man statt auf Gummireifen auf Drahtspiralen in das Elend des „dritten Reiches" fahren müssen. Die Ueberwachungsstelle für unedle Metalle hat angeordnet, daß Kupfer und dessen Legierungen zu Freileitungen für die Elektrizitätsversorgung im Inlande nicht mehr verarbeitet werden darf. Der „Völkische Beobachter" warnt eindringlich vor dem „Run auf Güter mit ausländischen Rohstoffen", und die gute Beschäftigung der Textilindustrie, der man bisher die Stoffe ohne Ersatz aus den Händen gerissen hat, ist im Abflauen...

Aber das ist noch nichts gegenüber der sensationellen Enthüllung, die der letzte Bericht der Arbeitslosenanstalt bringt. Zunächst berichtet er brav und „bieder" einen neuen Rückgang von 80 000 und man wundert sich höchstens über die diesmalige Bescheidenheit, da im Mai des Vorjahres der Rückgang 292 000 Arbeitslose umfaßt haben soll.

Aber dann erfährt man, daß plötzlich nicht weniger als 100 000 Notstandsarbeiter und dazu noch Stammarbeiter, die mit ihnen zusammen beschäftigt waren, entlassen worden sind!

Die „Arbeitsschlacht an der Marne" wird man künftig diesen Heeresbericht nennen. Die Devisen- und Finanznot wirkt auf die Arbeitsbeschaffung zurück und hat sie plötzlich zum Stillstand gebracht. Man will um jeden Preis die Rüstungsindustrien sichern, und wieder geht es auf Kosten Arbeitenden, — die aus der Arbeit geworfen werden.

Wozu Mussolini 12 Jahre gebraucht hat, Hitler hat es fast in 12 Monaten geschafft!

Brief aus Köln

Man schreibt uns: Auch hier wurden nachts die Filialen der Woolworth A. G., Hohe Straße sowie Ehrenfeld, von angeblich empörten Menschenhaufen gestürmt. Die Fenster wurden eingehauen und es wurde geplündert. Bestände wurden auf die Straße geworfen. Nach unseren Nachforschungen handelt es sich um einen Personenkreis, der von den Nazis entsprechend vorbearbeitet worden war.

In Köln-Kalk wurde der Arbeiter Riehl verhaftet, weil er, der in Pflichtarbeit steht, auf der Arbeitsstätte in Gedanken einen Sowjetstern in den Sand gemalt hat.

Wie Ihr wißt, sind hier von Köln aus sehr viele junge Menschen (Jungen und Mädels) zur Landhilfe abkommandiert worden. Die Eltern sind sehr besorgt um ihre Kinder, weil durch die Stadt die tollsten Gerüchte jagen. Viele Landhelfer schreiben, sie wollten wieder nach Hause. Wenn die Eltern ihnen nicht das Fahrgeld schickten, würden sie sich ein Leid antun. Woher aber sollen die Eltern das Fahrgeld nehmen?

Wenn die jungen Menschen ohne Erlaubnis die Landhilfe verlassen, bekommen sie bei der Rückkehr keinerlei Unterstützung. Eine Mutter bekam von ihrem Jungen, der sich in ....., befindet, einen Brief, worin er mitteilt, daß sich im Lager zwei junge Menschen durch Erhängen das Leben genommen haben. Ich habe versucht, eine Abschrift von dem Brief zu machen, aber die Mutter verweigerte es; sie wollte nicht in Unannehmlichkeiten kommen. Der Junge schreibt weiter, er müsse von früh bis spät abends dauernd schwer arbeiten, aber das wäre noch nicht das Schlimmste. Man hätte ihm bisher sogar den sonntäglichen Kirchgang verweigert.

Am Schluß schreibt er noch, daß Kameraden von ihm zu Fuß den weiten Weg nach der Heimat antreten, ohne einen Pfennig in der Tasche zu haben. Dasselbe gilt auch von Mädels. Die meisten Mütter sehen in Gedanken ihre Töchter moralisch verkommen zurückkehren. Wer das Treiben der HJ. und des BdM. allnächtlich beobachten kann, muß die Bedenken der Mütter teilen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß die angesetzten Streifen immer und immer wieder aus der Meute und den Parkanlagen Jungvolk herausholen muß. Das alles macht sich auch bei der weiteren Agitation für die HJ. und den BdM. stärkstens fühlbar. Katholische Eltern, die ihre Jungens und Mädels in diese vorgenannten Organe haben hineingehen müssen, holen sie wieder heraus. Die Werber dieser Organisationen müssen sich heute schon sagen lassen, daß man nicht gewillt sei, die jungen Menschen zweck- und ziellos marschieren zu lassen, wobei sie außerdem noch Gefahr liefen, sittlich zu verkommen. Die Mütter weigern sich, ihre Töchter zu Huren machen zu lassen. Sie hätten über ihre Kinder zu bestimmen, wo sie hingingen, und was sie zu tun und zu lassen hätten.

Die Demoralisation in der SA. und SS. nimmt zu. Diejenigen, die heraus wollen, machen es so, daß sie immer wieder fehlen, worauf sie dann schließlich gestrichen werden. Man sagt, daß haufenweise die Austritte auf diese Weise erfolgen. Manchmal sieht man betrunkene SA. am hellen Tag durch die Straßen torkeln.

Kürzlich fand in Köln-Kalk ein evangelischer Gemeindetag statt. Die Versammlungen waren überfüllt. Es wurde sehr stark Stellung genommen gegen den Nationalsozialismus. Einer der redenden Pastoren hat eine ganze Zeit im Konzentrationslager gesessen. Seine Worte lösten die größte Begeisterung aus. Er sagte u. a.: Christus war ein Jude, zwölf Apostel waren Juden, Paulus war der größte Jude. Wir brauchen keine Aufnordung. Sodann griff er den Reichsbischof Müller an, der auf der Eisenacher Tagung gesagt hat, es hätte sich während der Revolution bewiesen, daß die evangelische Kirche zu schwach gewesen sei, die katholische Kirche aufzufangen. Deshalb würden sie es von oben herunter erzwingen. Darauf allgemeines Gelächter. Das wären Gedanken von Träumern, aber wenn sie ihre Träume in die Wirklichkeit umsetzen wollten, dann würden sie zu Tyrannen.

Kein Erholungsurlaub für Jugendliche

Dresden, 12. Juni. (Inprekor). Die Nazipresse meldet: „Noch bevor die Frage der Freizeit für Jungarbeiter und Lehrlinge gesetzlich geregelt wird, ist es Sachsen gelungen, fast allen Jungarbeitern und Lehrlingen mehrwöchigen Urlaub . . . sicherzustellen." In Wahrheit handelt es sich gar nicht um einen Urlaub, sondern um mehrwöchige Abkommandierung der Jugendlichen in „Schulungslager", in denen sie militärisch gedrillt werden. Erholungsurlaub gibt es nicht.

Unwissen ist Macht

Verdummung und Verhetzung in deutschen Schulen

Durchkreuzte das deutsche Proletariat seit Jahrzehnten unter dem Wahlspruch „Wissen ist Macht" die Bildungsprivilegien der bürgerlichen Stände, erkämpfen sich Jungarbeiter, Söhne unbemittelter Eltern, in der Republik viele Wissensgebiete, die bis dahin nur den Protektionskindern der herrschenden Klasse offen standen, so folgen jetzt Hitler und seine Mitdiktatoren einer Devise, die ihnen genehmer ist, der Devise: „Unwissen ist Macht". Unwissen des Volkes bedeutet Macht für Ausbeuter, Usurpatoren, Sklavenhalter und blutige Tyrannen. Wenn also heute in den deutschen Volks-, Mittel- und Berufsschulen nicht mehr das Nötige, sondern bestenfalls nur das Nötigste gelehrt wird, so liegt diese Entgeistigung durchaus im Wesen nationalsozialistischer Machtpolitik begründet.

Zurückschraubung der geistigen Ansprüche

Gewisse bürgerliche Akademiker- und Intellektuellenkreise begrüßen den Niedergang der allgemeinen Bildung mit Freuden, sichert er ihnen doch ein Privileg, das sie schon beinahe verloren glaubten. Immer wieder melden sich gerade in wissenschaftlichen und halbwissenschaftlichen Zeitschriften begeisterte Verfechter des neudeutschen Schulwesens zum Wort. So zählt in der „Zeitschrift für ärztliche Fortbildung" (Berlin-Jena, 15. April 1934) ein Arzt einige Vorschriften für die Ueberwachung des Jugend- und Wehrsports auf. Punkt 3 lautet:

„Notwendig ist straff organisierte Zusammenarbeit von Schule und Sportleitung (Zurückschraubung der geistigen Ansprüche besonders bei Mädchen!)" Diese „Zurückschraubung" wird mit derselben Selbstverständlichkeit gefordert wie etwa ausreichender Schlaf — und im Lande der Dichter und Denker wird keiner es wagen, dagegen Protest zu erheben.

Nun geht es aber bei allem Abbau doch nicht an, den Stundenplan auf Lesen, Schreiben und Rechnen zu reduzieren. Das wäre allzu ehrlich. Welchen Ausweg wählt man? Einen einfachen: die Lehrstunden, die nicht rein mechanische Fähigkeiten vermitteln sollen, werden schlechthin zur Züchtung künftigen Kanonenfutters benützt, werden teils der Verdummung, der Hirnverkleisterung geweiht, teils dienen sie zur Fortsetzung des Hitlerjugend-„Dienstes". Jene „Wehrhaftmachung" (zu deutsch: nationalistische Verhetzung), der die Kinder in der Hitlerjugend unterzogen werden, vervollkommnet die Schule.

Geschichtsunterricht

Die Zeitschriften, in denen Lehrer für Lehrer schreiben, geben natürlich die beste Auskunft darüber, was gegenwärtig in Deutschland gelehrt und — leider — gelernt wird. Vor uns liegen einige Exemplare dieser Gattung, die in ihrer Gesamtheit über den Durchschnittsstundenplan recht gut informieren. Da ist zunächst der Geschichtsunterricht. Von den 14 Jahren Mißwirtschaft allein kann der sturste Bakelschwinger sein Pensum nicht bestreiten, auch der ferneren Vergangenheit müssen einige Lektionen gestiftet werden. Und in welchem Lichte hat diese Vergangenheit vor der Jugend des „dritten Reiches" zu erscheinen? Das „Deutsche Philologenblatt", Leipzig (41/45) verrät es uns:

„Zu den Hochzielen des nationalsozialistischen Staates gehört es selbstverständlich, daß die Jugend des deutschen Volkes wieder durchdrungen sein muß von heldischer Gesinnung, wieder erfüllt sein muß von dem hehren Gedanken der Wehrhaftigkeit. Kein besseres Mittel gibt es aber zur Erzeugung solch innerer Gesinnung als die stolze Kriegsgeschichte deutscher Vergangenheit . . . Wer aus der Kriegsgeschichte weiß, daß der Opfertod fürs Vaterland unseren Vorfahren zu allen Zeiten eine Selbstverständlichkeit war und daß auch die Kriege der Vergangenheit unerhört blutig waren, dem werden diese kriegsgeschichtlichen Kenntnisse ein innerer Antrieb zur Pflichterfüllung sein, selbst im Toben der modernen Feldschlacht. . . . Deshalb gebührt der Kriegsgeschichte, weil sie mehr als irgend etwas anderes der Erweckung wehrhafter Gesinnung dient, ein Ehrenplatz im vaterländischen Geschichtsunterricht des „dritten Reiches".

Der Weltkrieg kann natürlich nicht gut übergangen werden. Aber von der deutschen Niederlage darf nichts verlauten (es war ja angeblich keine Niederlage, es war ein von hinten erdolchter Sieg). Deshalb müssen

„die Ereignisse des Weltkrieges so besprochen werden, daß die großen strategischen Linien und die unerhörten Leistungen des deutschen Heeres deutlich werden".

Außerdem empfehle es sich, die Geschichte des Heimatregimentes („dessen Nummer ja auch die Heimatsstandarte der SA. trägt") besonders sorgfältig zu behandeln.

„So wird man gleichzeitig ein Stück besonderer Heimatgeschichte im besten Sinne treiben. Gerade Kriegsgeschichte wird von den Schülern mit erfreulicher, natürlicher Begeisterung entgegengenommen. Wovon könnte auch eine gesunde Jugend mehr ergriffen werden?"

Im besten Sinne — natürliche Begeisterung — gesunde Jugend. Gaskrieg, wo ist dein Schrecken? 1914 saßen aber tausend patriotische Pauker unabkömmlich hinter den Kathedern und begeisterten sechzehnjährige Kinder für den Freiwilligentod. An Lehrernachwuchs dieser Art mangelt es im „dritten Reiche" keineswegs. — Daß der Verfasser des zitierten Artikels als Anschauungsmaterial historische Zinnsoldaten „in ausreichendem Maße" fordert, braucht kaum hinzugefügt zu werden. Der deutschen Jugend soll der Krieg als Kinderspiel erscheinen — und außerdem ist ja genügend Geld für derartige Anschaffungen vorhanden, seitdem Schulspeisungen und Erholungsfürsorge so gut wie abgeschafft sind.

Deutsche Sprache und Literatur

Als zweites Fach steht „Deutsch" auf unserem Stundenplan. Die „Neue Deutsche Stunde" (7/12) schreibt:

Wie im Bereich der Sprachbildung ist auch in dem des Schrifttums als oberstes Bildungsideal das nationalpolitische verpflichtend . . . Nur aus deutschem Geist geborene Dichtungen können diesem Ziel dienen."

Also auf in die rassereine Literatur! Da locken natürlich zuerst die nordischen Heldensagen. Die „Mittelschule", Halle (48/1) lobpreist ihren ethischen Gehalt:

„Gefährlich leben, das heißt dem nordischen Helden nachleben. Heldischer Kampf, heldische Liebe, heldischer Glaube, heldischer Haß werden im deutschen Jungen immer eine aufnahmebereite Seele finden."

Der heldisch-heldisch-heldischen Heldenhaftigkeit tut auch ein bißchen Mord und Verbrechen keinen Abbruch, im Gegenteil:

„Der alles durchdringende Ehrbegriff macht dieses Menschentum sauber und rein, treu und truglos, auch wenn es im Blute watet. Unter Männern und Frauen finden sich wilde Verbrechernaturen; aber die reine und klare Luft ringsum macht auch sie durchsichtig wie Kristalle."

Die „Neue Deutsche Schule" mahnt daran, das neue Schrifttum nicht zu vergessen. Dabei kommt es nicht darauf an, ob Schund gelesen wird, wenn nur das Parteibuch des Dichters in Ordnung ist:

„Gerade um des zeitgebundenen Schrifttums willen muß der Lehrer sich von der in den letzten Jahrzehnten vorherrschenden Auffassung freimachen, als müsse alle Dichtung, die an den Schüler herantritt, Höhenkunst von Ewigkeitswert sein. Entscheidend ist zuerst das Was und nicht das Wie."

Die „Mittelschule" will nicht nachstehen und trumpft auf:

„Das Horst-Wessel-Lied zeigt die Dichtung in ihrer menschenformenden und schicksalschaffenden Macht. Dichtung ist rassebedingt. Das ist unschwer einzusehen."

Auch im Deutschunterricht darf natürlich die unmittelbare Kriegshetze nicht außer acht gelassen werden, die Schüler könnten sonst den Hitlerschen Friedensreden glauben, die doch gar nicht für das Inland bestimmt sind. Deshalb die Mahnung für Deutschlehrer:

„Vergessen wollen und dürfen wir auch nicht, wie Fremdrassige unsere Gefangenen während des Weltkrieges behandelt haben."

Geographie

So! Und nun ist Erdkunde an der Reihe. Niemand glaube, daß daraus nichts zu machen wäre. Wieder ist es die „Neue Deutsche Schule" (Monatsschrift für alle Fragen der Volksschule), die sich kräftig ins Zeug legt. „Der Atlas ein Unheil?" fragt sie und bestätigt:

„Man muß einmal offen sagen, daß der Atlas manchen Schaden stiften kann. Jeder Atlas muß nämlich, wenn er als zuverlässig gelten will, das politische Staatenbild in der heute gültigen Form festhalten . . ."

„Andererseits aber wollen wir dem Schüler zeigen, daß gerade dieses gegenwärtig geltende Staatenbild durchaus nicht etwas Starres ist, daß es vielmehr durch bestimmte geschichtliche Vorgänge erst so und so geworden ist, und daß es sich auch, wenn einmal die Kräfte, die sich in diesen Formen festgelegt haben, wechseln, auch in Zukunft geändert werden wird. Daß gerade wir Deutschen allen Anlaß haben, die Bedingtheit der politischen Karte von heute immer wieder zu betonen, ist selbstverständlich."

Das ist deutlich genug. Und im gleichen Stile geht es seitenlang weiter:

„Der Lehrer wird jeden Wechsel dieser Kräfteverteilung schildern und dabei aufzeigen, wie die Grenzen allmählich ihre Verbindlichkeit verlieren, als hart und ungerecht empfunden werden, wie sich, trotzdem die politische Grenze ihre Gültigkeit noch weiter behält, volksmäßig ganz neue Verhältnisse herausbilden und schließlich die Grenze zusammenbricht und neue staatliche Abgrenzungen notwendig werden."

Während Tausende von deutschen Lehrern Millionen deutschen Kindern das klarmachen, gibt Hitler eine Loyalitätserklärung nach der andern ab, und schließt einen Nichtangriffspakt mit Polen.

Wehrgeographie

Mit der simplen Erdkunde allein ist es übrigens in den Schulen nicht mehr getan. Ein ganz neues Fach wurde in den Lehrplan aufgenommen, es nennt sich „Wehrgeographie". Wer sich davon bisher keinen rechten Begriff machen konnte, der erfährt Näheres in der „Zeitschrift für Berufsbildung und praktische Unterrichtsgestaltung", Teubner-Verlag, Leipzig-Berlin (7/7). Kam es in den anderen Stunden mehr darauf an, die deutsche Kriegslust zu loben, so gilt es hier, die der anderen Völker zu tadeln:

„Wie sähe es aus, wenn Deutschland von den unter sich verbündeten Nachbarn, Frankreich, Belgien, Polen und der Tschechoslowakei, mit Krieg überzogen würde? — Ostpreußen, infolge der Durchstoßung des deutschen Raumes vollständig vom Mutterlande getrennt, hat die bedrohlichste Lage. — Schlesien steckt in der polnisch-tschechischen Umklammerung. Im Ernstfalle würden sich nach etlichen Tagesmärschen polnische und tschechische Regimenter irgendwo in Niederschlesien die Hände reichen. — Berlin ist stets in Gefahr."

Erziehliche Auswertung: Ich will meinem Volke gerade in der Zeit der Gefahr dienen! Treue gelobe ich meinen deutschen Führern!

Feinde ringsum — ich habe es nicht gewollt — viel Feind, viel Ehr — mit Gott für Kaiser und Reich! — So fing es auch damals an.

Wer den geschilderten Lehrstoff überblickt und sich noch den nötigen Rassewahnwitz hinzu denkt (denn „Rassenkunde" fehlt in keinem Stundenplan), der wird ein ungefähres Bild erhalten, wie es in den Köpfen der neudeutschen Schuljugend aussieht. Wo sind die Aerzte, die dieser Seelen- und Hirnpest Einhalt gebieten?

Otto Kahr.

Hitler-Knoblauch

Um der heimischen Landwirtschaft zu helfen, hat eine Propaganda für „deutsche Gewürze" eingesetzt. Als solche werden bezeichnet: Majoran, Dill, Beifuß, Knoblauch, Senf, Kümmel, Lauch.

Auch Fridericus verjudet

Otto Gebühr und Theodor Loos

Im Kampf gegen die monarchistischen Geister im „dritten Reich" haben die Nazis jetzt wieder einmal einen großen Sieg errungen. „Fridericus Rex" wurde endlich eine jüdische Großmutter nachgewiesen. Es ist zwar nicht der wirkliche „alte Fritz", den man solchermaßen diffamiert hat, aber sein in Deutschland seit Jahren anerkanntes Ebenbild, sein sozusagen von den neuen Machthabern amtlich anerkannter Geist, der sich unter dem bürgerlichen Namen Otto Gebühr versteckte. Noch vor gar nicht langer Zeit, als innerhalb der nationalsozialistischen Partei die monarchistischen Gefühle für die Hohenzollern noch hoch aufflammten, wurde Otto Gebühr anläßlich der Erneuerungsfeier an den Sieg von Leuthen, als „Fridericus Rex", in dessen Uniform und auf einem Schimmel über das nächtliche Schlachtfeld reitend, gefeiert. Jetzt wurde dem Spuk durch die Entdeckung der nichtarischen Großmutter ein unrühmliches Ende bereitet.

Mit Otto Gebühr wurde gleichzeitig auch der Schauspieler Theodor Loos wegen nichtarischer Blutzusammensetzung aus dem neudeutschen Theater- und Filmleben verbannt. Es ist nichts so fein gesponnen . . . Auch wenn man sich noch so sehr dem Mächtigen verschreibt und ihm die Pfoten leckt!

Nordische Kunde

Der Fahnenträger am Feuerrad

Vor kurzem tagte in Lübeck die Nordische Gesellschaft. Kultusminister Rust eröffnete sie mit einer Festrede, worin er die aus Norwegen und Dänemark erschienenen Schriftsteller Johan Bojer und Leck Fischer begrüßte und Knut Hamsun pries, der sich öffentlich zum „dritten Reich" bekenne und eine Gewähr dafür sei, „daß auch alle andern Streiter einer europäischen Kulturgemeinschaft mit ihm das große Ringen des deutschen Volkes begreifen". Minister Rusts Rede klang mit den Worten aus: „Die in Deutschland gewonnene Erkenntnis wird sich bald in der ganzen Welt durchsetzen. Es bricht der völkische Tag an, und wir sind die Vorhut dieses Tages. Das Feuerrad des Hakenkreuzes ist aus der Nacht über den Horizont emporgestiegen. Deutschland marschiert voran, einer trägt unsere Fahne, wir andern folgen. Aber Adolf Hitler ist nicht nur das Sinnbild deutscher Auferstehung, nein, er ist eine Welthoffnung, er ist der Bannerträger einer neuen Welt."

„Wenn du mich liebst . . .

Die Folgen einer „Carmen"-Kritik

Das Berliner „8-Uhr-Abendblatt" veröffentlichte folgende Erklärung:

„In der Ausgabe vom 22. Mai 1934 unserer Zeitung wurde eine Kritik veröffentlicht, die die Aufführung der Oper „Carmen" in der Berliner Staatsoper zum Gegenstand der Besprechung hatte.

In Ton und Inhalt entspricht diese Kritik in keiner Weise den hohen Anforderungen, die man bei einer Besprechung einer Aufführung der Berliner Staatsoper stellen muß. Diese Kritik läßt jeden sachlichen und künstlerischen Ernst vermissen. Wir lehnen sie deshalb ab und verurteilen sie auf das schärfste.

Der Verfasser und verantwortliche Schriftleiter Erich Knauf ist mit sofortiger Wirkung seines Postens enthoben worden und aus der Schriftleitung ausgeschieden. Hauptschriftleitung und Verlag."

So hat sich wohl noch keine Zeitung in der Welt erniedrigen müssen!

List und Kipnis

Nachdem der erste Bassist der Staatsoper, Emanuel List, der Nichtarier ist, im vorigen Jahre freiwillig seine Stellung aufgab, obwohl seiner weiteren Tätigkeit nichts im Wege stand, und nach Amerika ging, verläßt nun auch der zweite bedeutende Bassist Alexander Kipnis, ebenfalls Nichtarier, aus eigenem Willen seine bisherige Wirkungsstätte.

Zeit-Notizen

Inge und Egil

Germanische Erziehung.

Eine Nazine namens Inge Ewald schwatzt über die Jugenderziehung bei den alten Germanen Hymnisches so: „Bis zu welchem uns heute unglaublich scheinenden Grade dies Gewährenlassen gehen konnte, zeigt die Geschichte des Sängers Egil. Der erst Siebenjährige wird während des Ballspiels von seinem älteren Bruder verhöhnt und erschlägt ihn. Und da er dann nach Hause zurückkehrt, ließ sich sein Vater nichts merken, seine Mutter aber meinte, er würde einmal ein Wiking und wenn er in das richtige Alter käme, müßte man ihm ein tüchtiges Schiff geben. Diese Stellungnahme der Eltern wird uns vielleicht begreiflich, wenn wir bedenken, welch harten Kampf Land und Klima von jedem verlangten, der sich siegreich behaupten wollte. In dieser Umgebung konnte und durfte eine Erziehung niemals darin bestehen, den Willen und Selbsterhaltungstrieb des Kindes zu brechen und es an „Gehorsam in allen Fällen" zu gewöhnen."

Cäsar Zottel enthüllt

Durch die deutsche Presse geht eine von Cäsar Zottel verfaßte Glosse, die sich gegen die Tagung der Vereinigung ehemaliger Zivilgefangener und deutscher Geiseln, die vor kurzem in Verdun unter Vorsitz Poincarés eine Tagung abhielt. „Aus dem Schatz ihrer Kriegserinnerungen mögen diese Kriegsopfer mancherlei herausgekramt haben. Krieger- und Kriegsopfervereinigungen gibt es gewiß in allen Ländern, die vom Weltkrieg in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Aber daß sich auch die Zivilgefangenen und deutschen Geiseln im starken Gefühl des Hasses gegen das Deutsche Reich organisieren mußten — war das nötig?"

Das wird im selben Deutschland gedruckt, das täglich stundenlang Kriegshetze und Kriegserinnerungen aller Art von all seinen Radiostationen aus in den Aether sendet.

Vom Elend zum Weltruhm

Das romantische Leben der Anna Sten

Die Russin Anna Sten, die vorher in ihrem Heimatlande und in Berlin gefilmt hat, ist vor kurzer Zeit für mehrere Filme von der Metro-Goldwyn-Mayer nach Hollywood verpflichtet worden. Ihr erster dortiger Film „Nana", nach dem Roman von Emile Zola, ist in Europa mit großem Interesse aufgenommen worden.

In Kiew lebte eine Familie, sehr vereint. Die Mutter, eine Schwedin, träumte immer davon, einmal Künstlerin zu werden; der Vater, ein Ukrainer, war akrobatischer Tänzer. Im Jahre 1910 wurde ihr erstes Kind geboren, eine Tochter, Anna. Das Leben geht ruhig weiter, bis die Revolution ausbricht. Der Tänzer wirft sich in die Massen, als wenn es sich um ein gigantisches Ballett handele. Einige Monate später jedoch trifft ihn eine Kugel und die Familie blieb allein zurück. Drei Unglückliche, denn Mutter Sten hatte noch einem anderen kleinen Mädchen das Leben gegeben. Jetzt beginnt für Anna eine schreckliche Zeit. Ihr liegt es ob, für die Lebensnotwendigkeiten der kleinen Familie zu sorgen, obgleich sie doch erst 12 Jahre alt ist. Zuerst heißt es fliehen: fliehen vor den deutschen Bomben, fliehen vor den Kosaken-Patrouillen, die dem alten Regime treu geblieben sind, fliehen vor den ausgehungerten Bauern und endlich fliehen vor den roten Truppen. Und trotzdem muß man essen. Die Mutter verkauft den wenigen Schmuck, den sie noch besitzt, ihre Möbel, ihre Garderobe, alles.

Aber das genügt nicht. Anna verdingt sich als Hausmädchen an einen Bauern; sie arbeitet hart, von morgens bis abends, um ihren Lohn zu verdienen: gerade ausreichend, damit sie, ihre Schwester und ihre Mutter nicht des Hungers sterben. Jahrelang geht diese Arbeit so weiter, aber es gelingt den Frauen, sich über Wasser zu halten. Endlich auch etwas Glück. Eines Tages kündigen große Zettel an den Mauern der Stadt an, daß die Regierung ein Staatstheater gründen will. Welche Aussichten für das junge Mädchen! Soll sie Artistin werden? Der Traum ihrer Mutter ist auch der ihrige. Anna Sten stellt sich vor. Begünstigt durch den Ruf ihres Vaters wird sie engagiert und es gelingt ihr sogar, die Aufmerksamkeit des großen Direktors Stanislawski auf sich zu ziehen. Dieser vertraut ihr eine Rolle in einem Stück von Gerhard Hauptmann, dann empfiehlt er sie weiter und ist ihr dabei behilflich, daß sie, erst 15 Jahre alt, die Filmakademie in Moskau besuchen kann. Hier lernt sie die Geheimnisse des Films kennen. Sie arbeitet hart und erlernt richtig ihren neuen Beruf. Bald hat sie auch schon ihre erste Rolle und dreht zusammen mit Inkijinoff „Sturm über Asien". Zu gleicher Zeit spielt sie auch im Theater, und während der Aufnahmen zu „Sturm über Asien" debütiert sie unter der Direktion von Stanislawski in einem Stück von Pirandello. Aber wir sind in USSR., und hier heißt es, den Gesetzen des Staates zu gehorchen. Dieser bestimmt, daß die junge Anna sich einer umherziehenden Truppe anschließt, und bald sehen wir unseren Star im Süden an der Arbeit, auf der Krim. Dort macht sie die Bekanntschaft eines jungen Filmdirektors, der ihr den Hof macht. Sie gefallen sich, unterzeichnen ein Dokument vor der Kommission: sie sind verheiratet. Kurze Zeit danach gefällt ihnen aber das gemeinsame Leben nicht mehr, sie unterzeichnen ein anderes Dokument: sie sind frei.

Anna Sten ist aber ein wahrer Star und die Folge wird das bestätigen. Nach ihrer Tournee in der Krim kehrt Anna nach Moskau zurück. Dort arbeitet sie mit Fedor Ozep in den „Brüdern Karamazoff" und dann mit Kortner. Daraufhin ist sie bekannt und geht nach Berlin. Unglücklicherweise hat sie dort einen Automobilunfall und eine ewige Narbe bleibt auf ihrer Stirn zurück. Aber auch das ist nicht das Schlimmste, sie trägt eine Ponny-Frisur. Bald danach lernt sie den Anwalt und Architekten Dr. Eugen Franke kennen und heiratet ihn. Und dann... jetzt kommt noch eine Geschichte, es wird noch einmal romantisch in dem Leben dieses Stars, aber amerikanisch.

Eines Sonntags liest ein großer amerikanischer Produzent das „New Movie Magazine", als seine Augen auf einer Fotografie haften bleiben. Bald erhellte sich sein Blick und Samuel Goldwyn mußte denken wie einst Archimedes: „Heureka." „Ich habs gefunden." Es war ein Foto von Anna Sten. Ohne eine Minute Zeit zu verlieren, kabelte Goldwyn an seine Korrespondenten, damit sie ihm den Star auffänden und ihn kontraktlich verpflichteten. Ein Antwortkabel erreicht ihn: sie spricht kein Wort englisch. Macht nichts, sagte der Produzent, sie wird es lernen. Und bald ist Anna Sten unterwegs nach Hollywood. Samuel Goldwyn war entschlossen, 300 000 Dollar zu riskieren, einzig und allein, weil er Vertrauen zu seiner neuen Entdeckung hatte und weil er sein findiges Auge kannte. Die junge Russin machte viel von sich reden, gerade, weil sie selbst nichts sagte und man nichts von ihr wußte. Als der erste Film zur Hälfte fertig war, ließ Goldwyn ihn sich in seinem privaten Vorführraum zeigen. „Nicht schlecht," sagte er, „aber noch lange nicht gut genug; noch einmal!" Er hatte 250 000 Dollar ausgegeben. Jetzt war der Film beendet. Anna, Nana ... vielleicht war der Vorname des russischen Stars ein Indiz für die Rolle, die sie spielen sollte?

Claude Arlen.

„Männer sind zweitrangig"

Die „Paradiesmenschen" von Neu-Guinea

In Innern des von den Papua bewohnten Gebietes auf Neuguinea, das von Australien als Mandatsgebiet verwaltet wird, haben Flieger, so berichtet die „Basler National-Zeitung", ein bisher unbekanntes Volk entdeckt. Der Stamm steht auf einer sehr viel höheren Zivilisationsstufe als die halbwilden Papuas. Die Männer sind hochgewachsen und tragen lange Bärte, während die Frauen als ausgesprochen schön bezeichnet werden. Sie leben in viereckigen Häusern, während die Papuas in kugelförmigen Hütten hausen, und treiben Ackerbau und Viehzucht. Dabei wird für den Ackerbau ein sehr kunstvolles und sinnreiches Bewässerungssystem benutzt. Der aus über 200 000 Köpfen bestehende Stamm lebt an der Quelle des Whagi-Flusses in der Nähe des Hagen-Berges zwischen dem Bismarck-Gebirge und der Grenze des Papua-Gebietes. Eine von der australischen Regierung in die Gegend entsandte Expedition berichtet, daß die Angehörigen des Stammes friedfertig und zugänglich sind, und daß ihre Gebräuche und Lebensgewohnheiten sich in jeder Beziehung von denen der Papua unterscheiden. Zur Erforschung der Geschichte des Stammes werden noch in diesem Monat zwei Missionare nach Neuguinea abreisen.

Nun meldet sich soeben ein Mann, der schon einmal unter diesem, der Wissenschaft bis jetzt entgangenen Volke geweilt hat. Dieser Mr. Busby lebt jetzt in England und sucht hier die Mittel zu finden, um so bald wie möglich wieder in das „Paradies" zurückzukehren. Er ist ein alter Minen-Prospektor, den auf einmal das Heimweh packte und der wegen dieses Heimwehs sogar das Paradies im Stich ließ, — um es nun wieder zu suchen.

„Ich hatte damals lange in Australien gearbeitet und war dann nach Neu-Guinea herübergekommen. Die Papuas sagten mir immer, daß weiter im Innern, unweit der Schneeberge (denn wirklich steigen einige Gebirge, trotz der Aequatornähe, mit weißem Eisgipfel bis zu 5000 Meter Höhe empor) gute „Steine" zu finden seien.

Sie hatten da auch eine alte Sage, von der mir ein alter Papua berichtete, von einem fremden Königsvolk. Jedenfalls ahnte ich, daß dort etwas Neues sein müsse.

Eines Abends kam ich auf der Suche nach einem Lagerplatz in eine Lichtung, in der ich zu meinem Erstaunen fast fünfzig Frauen fand, alle sehr schlank und gut gewachsen und mit einem intelligenten Gesichtsausdruck."

Erst liefen die Frauen davon und beobachteten aus dem Dickicht den Mr. Busby. Dann beruhigten sie sich und kamen sehr freundlich wieder näher.

„Ich bin ein paar Wochen dort geblieben. Und ich muß sagen, daß ich aus meinem freilich etwas bewegten Dasein keine friedlichere Erinnerung habe als jene an diese Wochen.

Woher diese Menschen kommen, welche Sprachverwandtschaften bestehen, welche Beziehungen zu anderen Völkern herrschen — das alles weiß ich nicht. Wenn die Wissenschaftler jetzt sagen, daß sie einen ägyptischen Typ haben, dann muß ich das glauben. Aber ich kann berichten, wie sie leben.

Die Frauen herrschen in diesem Paradies. Eine Königin wird gewählt, und zwar nur unter dem Gesichtspunkt ihrer Klugheit und ihres guten Aussehens. Ihr Wort ist absolutes Gesetz."

„...Was mich am meisten erstaunte: die Männer sind hier Menschen zweiten Ranges, auch körperlich, wenn sie auch nach unserem Standard gemessen immer noch große und kräftige Gestalten haben. Aber sie sind viel femininer. Sie tun alle Hausarbeit, spielen also nach unseren Begriffen die Hausfrau, während die Frau den Landwirt macht.

Verbrechen habe ich nie gesehen und beobachtet. Das liegt vielleicht an den raffiniert ausgeklügelten Gesetzen und Ueberwachungsmethoden der Frauen, vielleicht aber auch an den geradezu idyllischen Bedingungen.

Einmal sah ich, wie ein Mann wegen einer kleinen Verfehlung verurteilt wurde, von zwei der stärksten Frauen ausgepeitscht zu werden. Der Mann unterwarf sich diesem Urteil ohne weiteres.

Ich möchte sofort wieder auf die Insel, zu diesem Volk zurück. Aber der Weg in ihre Gemeinschaft ist schwer, genau so, wie die Missionare es schwer haben werden, sie zu bekehren. Denn dieses Volk, das zweifellos sehr alt ist, hält hartnäckig an den alten Ueberlieferungen fest und wird auch von ihnen nicht abgehen. Zudem haben sie ja auch alles, was sie brauchen, und sind glücklich, viel glücklicher als wir!"

Also spricht Mr. Busby und sucht eifriger denn je die Mittel, um wieder in sein „Paradies" zurückzugelangen. Der Friede von Neu-Guinea ruft ihn — trotz der „Frauenherrschaft"...

Der Kalif und sein Schüler

Ein Gleichnis von Dyonis Lippa

Ein Schüler, der in allem Wissen sich ausgezeichnet hatte, wurde vom Kalifen Jussei auf Reisen geschickt. Drei Jahre lang sollte Ermil in allen Ländern seine Kenntnisse erweitern und vertiefen.

Nach dieser Zeit, als er zurückgekehrt war, fragte ihn der Kalif vor seinem Hofstaate:

„Was hast du gesehen und was tat sich dir kund, Ermil, mein Sohn?"

Dieser antwortete:

„Nur dies, großer Herrscher. Ich war in der Welt und sehnte mich nach der Heimat. Der Staub aus fremden Ländern auf meinen Sandalen ist auch nur Staub. Und die Sterne sind gleich fern, von hier, wie aus der Fremde. Die Nacht gleich dunkel — der Schmerz gleich tief — die Worte gleich leer . . ."

„Ermil," rief der Kalif, „du warst nicht umsonst in der Welt!" und er umarmte ihn.

Abschied von Paris

Nun liegst du abendlich zu meinen Füßen,
Du große, abenteuerliche Stadt.
Vieltausend Dächer drängen sich und grüßen
Den fremden Mann, der keine Heimat hat.

Mehr als ein Jahr hab ich in dir gelitten,
Nicht einen Tag mich wirklich frei gefühlt.
Vielleicht hab ich dir Unrecht abzubitten,
Wenn ich geklagt, du hättest mich zerwühlt.

Doch weiß ich nun: Ich muß dich bald verlassen,
Wenn ich nicht ganz an dir zerbrechen soll.
Ich sehne mich nach südlichen Terrassen,

Nach Meer und Weite, blau und sonnenvoll.
Vielleicht kann dort der Heimat Bild verblassen,
Die ohne Maß ich liebe noch im Groll.

Horatio.

Vierundzwanzig schwarze Heroen

Der furchtbarste Schrecken Afrikas, die Schlafkrankheit, fordert alljährlich viele tausend Opfer. Bis heute ist es noch nicht gelungen, trotz unendlich vieler Bemühungen von seiten der Wissenschaft, diesem Schrecken wirksam Einhalt zu gebieten. Seit vielen Jahren hat man schon Versuche an Tieren vorgenommen, während man bisher Versuche an menschlichem Material noch nicht vornehmen konnte, da sich zu diesem Risiko niemand bereit finden wollte. Wissenschaftler und Bakteriologen forderten daher jetzt öffentlich die Bevölkerung von Uganda, dem am schlimmsten von der Schlafkrankheit heimgesuchten Gebiet in Ostafrika, auf, sich freiwillig zu Versuchszwecken zur Verfügung zu stellen. Es meldeten sich auch sofort darauf 24 Eingeborene, obwohl sie sich der Folgen dieser ihrer Handlung voll bewußt waren. Elf von ihnen wurden mit den Bakterien der Krankheit infiziert und die Gelehrten begannen mit ihrer an den Tieren bereits erprobten Heilungskur. Keiner von diesen Eingeborenen starb und man konnte allmählich feststellen, daß sie eine ununterbrochene Genesungskur durchmachten. Dies ist der erste große Erfolg im Kampf gegen die Schlafkrankheit, den die Wissenschaft auf diesem, im wahrsten Sinne des Wortes bisher schwarzen Gebiet zu verzeichnen hat.

Räuber entdecken die Schätze der Großmogule

Das Märchen von Ali Baba und den 40 Räubern ist kürzlich durch die Wirklichkeit übertrumpft worden. Eine Bande von Wegelagerern hatte sich vor der Polizei des indischen Distriktes Hissaa in eine riesige Höhle geflüchtet. Dort berührte einer der Räuber aus Versehen eine Stelle der Höhlenwand, in die eine Art Skulptur gehauen war. Ehe er sichs versah, bewegte sich der berührte Stein, rutschte zu Boden und gab den Weg in einen langen Gang frei. Die Räuber nahmen allen ihren Mut zusammen, machten sich künstliche Kerzen zurecht und drangen in den Gang ein. An seinem Ende fanden sie ein weites Gewölbe, in dem ungeheure Schätze von Diamanten und Goldstickereien aufgestapelt lagen. Sie stammten aus der Zeit der ruhmreichsten und verschwenderischsten Großmogule. — Die Räuber nahmen einen der goldgewirkten Mäntel mit. Seine Knöpfe waren Edelsteine. Sie verkauften das Prachtstück einem Kaufmann in Bombay und versuchten, mit dem Erlös das Terrain zu erwerben, unter dem die Höhle lag. Der Eigentümer des Grundstücks wurde jedoch wegen des hohen Angebotes mißtrauisch. Er wandte sich an die Polizei. Ein Regierungsbeamter leitete daraufhin eine Untersuchung ein, deren Ergebnis er dem indischen Institut für Archäologie unterbreitete. Gegenwärtig sind die Gelehrten damit beschäftigt, Ausmaß und Wert des Schatzes zu taxieren.

Er baute nach oben

Jetzt, wo die Wolkenkratzer schon eine gegebene Tatsache sind, wird das Woolworth-Building bald zur Vergangenheit gehören. Aber sein Architekt, Mr. Caß Gilbert, der dieser Tage in England starb, ist noch nicht Vergangenheit. Er war ein Pionier auf dem Gebiete der Baukunst, der nicht nur in Amerika Anerkennung fand, sondern auch von der englischen Königlichen Akademie zu Lebzeiten geehrt wurde. Als er das Woolworth-Building baute, waren Wolkenkratzer von solchen Ausmaßen unbekannt. Er sah, daß Neuyork, wenn es sich ausbreiten wollte, es keineswegs wie andere Städte horizontal tun konnte, da es auf einer Insel gelegen ist. Daher baute er nach oben. Aber Gilbert hatte nicht nur die Idee, er war auch fähig, sie praktisch auszuführen. Seine Kenntnisse in Stahl- und Eisenkonstruktionen waren seinen Zeitgenossen um Jahre voraus: wäre es nicht so gewesen, wäre das Woolworth-Building eine Unmöglichkeit gewesen.

Radio aus der Stratosphäre

In drei Wochen wird es den europäischen Hörern möglich sein, die interessanteste und originellste Rundfunkübertragung, die je arrangiert wurde, zu hören. Captain A. W. Stephens und Major W. E. Kepner, beide Mitglieder der amerikanischen Luftflotte, sind im Begriff, zu Forschungszwecken in einem Ballon in die Stratosphäre aufzusteigen, wo sie eine Rekordhöhe von 80 000 Fuß zu erreichen hoffen. Sie wollen eine Beschreibung dieses Experiments und ihre Erfahrungen an Ort und Stelle in ein Mikrofon sprechen, dessen Schwingungen über eine Spezial-Wellenlänge von einem großen amerikanischen Sender aufgefangen werden sollen, der sie dann seinerseits wieder mit einer Stärke von 100 Kilowatt in die Welt sendet. Dieser Sender wird zuerst mit allen amerikanischen Stationen in Verbindung stehen, und auch die Vorbereitungen sind schon getroffen, daß diese seltene Uebertragung auch von den europäischen Stationen aufgenommen werden kann.

Das Attentat in Polen

Die Mörder — Nationalsozialisten!

Warschau, den 17. Juni 1934.

Die Untersuchung des auf den polnischen Innenminister verübten Attentats hat ergeben, daß der Mörder der polnischen nationalsozialistischen Partei angehört. Bekanntlich hatte der Innenminister bzw. seine Unterorgane eine Untersuchung über die Umtriebe der nationalsozialistischen polnischen Partei angeordnet. Wir hatten bereits gemeldet, daß ausgerechnet zum Besuche Goebbels in vielen Bezirken ein Verbot und eine Auflösung dieser nationalsozialistischen Gruppen angeordnet war. Der Mörder ist bis jetzt noch nicht gefaßt worden. Eine dahingehende Meldung beruht auf einem Irrtum. Man fand in einem Hause in der Nähe des Tatortes den Mantel und den Hut des Täters. Dieser hatte sich in dem Hause dieser Gegenstände entledigt. Eine genaue Personenbeschreibung des Täters ist veröffentlicht. Die Polizei hat bereits genaue Feststellungen über den Täter getroffen.

Die polnische Oeffentlichkeit ist durch den Anschlag auf den Innenminister aufs tiefste erschüttert. Das Innenministerium hat für die Verhaftung des Täters eine Belohnung in Höhe von 100 000 Zloty ausgesetzt. Die Straße, in der das Attentat verübt worden ist, wurde noch am Samstag voriger Woche feierlich in Pieracki-Straße umgetauft.

Im Zusammenhang mit der weiter fortschreitenden Untersuchung wird noch gemeldet, daß der Attentäter außer dem Revolver, aus dem die tödlichen Schüsse abgegeben wurden, noch im Besitze einer Bombe gewesen ist, die infolge eines Konstruktionsfehlers nicht explodierte. Die Bombe ist dem staatlichen Sprengstofflaboratorium zur Untersuchung überwiesen.

Wo sollen Juden in Deutschand ihre Erholungszeit verbringen?

Prag, 14. Juni. Immer mehr Kurorte und Sommerfrischen in Deutschland sperren sich gegen die Juden ab. Auf die Anfrage, ob deutsche Juden zum Kuraufenthalt Westerland aufsuchen dürfen, erwiderte die Städtische Badeverwaltung Westerland-Sylt, daß der Gemeinderat beschlossen hätte, daß jüdische Gäste unerwünscht seien. Eine gesetzliche Handhabe, Juden fernzuhalten, bestehe zwar nicht, aber die Stimmung der SA. sei scharf judengegnerisch; der Jude, der Westerland aufsucht, trage selbst die Folgen.

No'schrei!

Aus Maastricht wird uns geschrieben:

Seit etwa 4 Wochen ist die hiesige Polizei-Behörde dazu übergegangen hier angemeldete jüdische Flüchtlinge einem Verhör zu unterziehen. In der Regel werden die Auserkorenen für den nächsten Tag bestellt und es wird ihnen eingeschärft, die Pässe der ganzen Familie mitzubringen. Dort angelangt, werden die von den Konsulaten erteilten Einreisevisa notiert. Dem Betreffenden wird gesagt, falls das Visum für Besuch- oder zum Geschäftszweck erteilt wurde, komme eine Verlängerung des Aufenthaltes nicht mehr in Frage.

Auf die Frage der Erschrockenen — darunter auch Staatenlose — „Wohin soll ich mit meiner Familie auswandern? Belgien läßt mich nicht herein! Nach Frankreich ist der Zuzug verboten! Amerika hält an seiner Quote fest! England hat für uns keinen Platz! Für Palästina sind wir nicht reich genug oder haben bereits das vorgeschriebene Alter überschritten und dergleichen!" wird uns lakonisch erklärt: „Das geht uns nichts an, wir werden Sie über die Grenze setzen, wenn Sie es nicht vorziehen von selbst zu gehen!" Dieses Spiel wiederholt sich in einigen Tagen ... Dasselbe geht mit verschiedenen Juden polnischer Nationalität vor, trotzdem sie bereits 2—4 Jahre unbeschuldet in Maastricht wohnen. Die jüdischen Flüchtlinge werden derart gehetzt, daß sie nicht zur Ruhe kommen und förmlich zur Verzweiflung getrieben werden.

Propagandaministerium organisiert die Kurzwellenamateure

Das Propagandaministerium ist daran gegangen, die Kurzwellenamateure in einer eigenen Organisation „Deutscher Amateur-Sende- und Empfangsdienst" (DASD.) zusammenzufassen. Nur Mitglieder der Organisation werden sich in Zukunft als Amateursender betätigen dürfen. Selbstverständlich werden nur Nazi aufgenommen. Die Aufgabe der Mitglieder soll „Kultur"propaganda und Zerstörung von „Greuelmärchen" sein.

„Greuelbericht der Deutschen aus Spanien"

Eine sachliche Aufklärung

J. W. schreibt uns aus Madrid:

Am 12. publiziert die „Deutsche Freiheit" den „Greuelbericht der Deutschen aus Spanien". Dazu ist folgendes zu berichten:

„Die deutsche Kolonie hat auf ihrem Sportplatz am Sonntag ein Sportfest abgehalten, an dem sämtliche Mitglieder der Madrider Nazis teilnahmen. Um die Angelegenheit besonders festlich aufzuziehen, brachte man am Eingang des Sportplatzes eine Hakenkreuzfahne an. Selbstverständlich mußte diese Fahne die an sich nazifeindlich eingestellten Arbeiter provozieren. Es bildete sich also eine Manifestation junger Kommunisten, die mit einer roten Fahne vor den Sportplatz zogen und riefen „Es lebe die Freiheit", „Nieder mit Hitler, nieder mit dem Faschismus!" und versuchten, sich der Hakenkreuzfahne zu bemächtigen.

Statt daß die Deutschen nun aber ihre Fahne eingezogen hätten, begannen sie aus dem Innern des Sportplatzes gegen die spanischen Manifestanten zu schimpfen und so ihre Fahne zu „verteidigen".

Die Gemüter wurden immer erregten, und es begann ein Steinhagel auf die Festteilnehmer niederzugehen. Es ist wahr, daß dabei 3 Kinder, eines davon schwer, verletzt wurden. Wahr und bedauerlich. Denn diejenigen, die die Verantwortung für die Provokation trugen, vor allem der Leiter des deutschen Turnvereins, ein Herr Knappe, zogen sich in den Hintergrund zurück. Aber nicht genug damit: Die Madrider Nazis, die jetzt ihre „antimarxistischen" Hilferufe in die Welt schicken, entblödeten sich nicht, nach den traurigen Ereignissen ein Saufgelage in den Klubräumen des Turnvereins zu beginnen. Herr Knappe soll dabei so betrunken gewesen sein, daß er eine Pauke, die irgendwo herumstand, zertrümmerte. In der deutschen Kolonie ist die Empörung groß, nicht so sehr jedoch gegen die Spanier, wie gegen den Führer des Turnvereins, den Saufhelden Knappe, denn dieser ist im doppelten Sinne für die Ereignisse verantwortlich: Man warnte ihn, bei der augenblicklichen aufgeregten Stimmung in Spanien die Hakenkreuzfahne aufzuziehen, falls er nicht wenigstens polizeilichen Schutz beantragte. Knappe lehnte dies ab. „Die Spanier sind uns viel zu sehr verpflichtet, uns tut keiner was."

Die hitlerfeindliche Stimmung in Spanien ist in der Tat in der letzten Zeit nicht zuletzt durch Bemühungen einiger in Spanien lebender deutschen Antifaschisten, die die Wahrheit über Hitlerdeutschland durch Vorträge und Artikel ins Volk tragen — stark angewachsen.

Zur Rechtsvergewaltigung des Falles Thälmann hat sowohl die berühmte Rechtsanwältin Victoria Kent in einer Massenversammlung Stellung genommen, als auch das apolitische Madrider Ateneo, der größte Literatenklub, eine Resolution gefaßt, durch die eine Protestaktion bei der deutschen Regierung eingeleitet werden soll. Ueber den Protest spanischer Frauen im Fall Ilse Seeger haben wir vor einiger Zeit berichtet.

Wahrscheinlich wird es den Bemühungen der deutschen Antifaschisten in Spanien auch gelingen, Seegers „Drankenburg" und einen Auszug des „Braunbuches" in spanischer Sprache zu publizieren.

Die Madrider Nazikolonie sollte sich besser nicht zu sehr aufs hohe Roß setzen, denn das letzte politische Wort in Spanien ist noch nicht gefallen und man kann nicht wissen, ob die „Matrizenhorden" nicht doch noch einmal „tonangebend" würden. In diesem Falle würde die spanische Gastfreundlichkeit gegenüber den Hitlerdeutschen wohl auffallend kühler werden.

„Pressefreiheit" in Spanien

Die Verfolgung der sozialistischen Zeitungen

Aufs neue ist die Pressefreiheit in Spanien vollständig unterdrückt. Vor ihrem Erscheinen müssen die Zeitungen der Zensur vorgelegt werden und außerdem wurde es ihnen verboten, mit unbedruckten weißen Stellen zu erscheinen oder sonstige Bemerkungen zu veröffentlichen, daß sie einer Zensur unterliegen.

Insbesondere gegen das sozialistische Tagblatt „El Socialista" wird eine systematische Hetzkampagne geführt. Die übliche Methode ist die der Denunziation, d. h. der Staatsanwalt nimmt an einem Artikel im Blatt Anstoß, worauf alle vorhandenen Exemplare dann von der Polizei konfisziert werden. Die Absicht ist selbstverständlich, das Blatt finanziell zu schädigen und es daran zu hindern, in die Hände seiner Leser zu gelangen.

Seitdem die Radikalen im September die Regierung übernahmen, ist „El Socialista" mehr als 70mal angezeigt worden. Kürzlich teilte „El Socialista" mit, daß einer der Artikel, an denen der Staatsanwalt Anstoß nahm, vorher der Zensur unterbreitet worden war, die ohnedies schon die Hälfte daraus gestrichen hatte. Trotzdem stellte der Staatsanwalt Konfiskationsantrag.

Darüber hinaus werden andere Methoden gefunden, um das Blatt zu schädigen. So wurde am 10. Juni vom Chef der Staatspolizei eine Geldstrafe von 5000 Peseten wegen zweier Aufsätze verhängt, die am 8. Juni erschienen waren. Der Staatsanwalt, der ja „El Socialista" mit größter Aufmerksamkeit liest, hatte keinen Anlaß gesehen, gegen diese Nummer einzuschreiten, die Nummer erschien also ungehindert. Erst am nächsten Tage wurde die Geldstrafe verhängt.

„El Socialista" stellt fest, daß das Blatt in allen 40 Jahren, die es nun besteht, niemals so schweren Verfolgungen ausgesetzt war, wie gegenwärtig. Dennoch sei die Redaktion überzeugt, daß sie noch den politischen Nachruf auf diejenigen schreiben werde können, die sie heute so verfolgen. „El Socialista" werde sie alle überleben.

Der englische Kriegsminister

England muß aufrüsten, falls kein Aufrüstungsabkommen zustande kommt

dnb. **London**, 16. Juni. Der englische Kriegsminister Hailsham erklärte am Freitagabend in einer Rede in dem englischen Badeort Torquay: Wenn kein Abrüstungsabkommen zustande kommt, dann muß ein gewisses Maß von Aufrüstung eintreten, soweit England in Frage kommt. Manche Leute haben gesagt, daß eine vollkommene Abrüstung die richtige Politik für England wäre. Ich möchte hierzu ganz unumwunden erklären, daß ich persönlich niemals einer Regierung angehören könnte, die eine solche Politik verfolgte. Um irgendwelchen Mißverständnissen vorzubeugen, will ich hinzufügen, daß nicht ein einziger meiner Kabinettskollegen heute eine derartige Politik unterstreicht. Es wäre eine große Kriegsgefahr, wenn die Welt zu der Annahme kommen sollte, daß England nicht mehr in der Lage oder nicht mehr willens wäre, sich weiterhin zu verteidigen. Ich stimme zwar der Ansicht zu, daß unsere Politik nur dahin gehen soll, für die Verteidigung Englands zu kämpfen, **aber ich lehne die Anschauung ab, daß man niemals auf ausländischem Boden zu kämpfen brauche.** Wenn Tag und Nacht Fliegerbomben auf das Haus eines englischen Bürgers regnen, wenn seine Frau oder seine Kinder getötet werden und sein Vaterland in Trümmer gelegt wird — was hätte es dann für einen Zweck, diesem Bürger zu erzählen, daß niemals ein ausländischer Soldat auf englischem Boden gekämpft habe und daß viele englische Soldaten für ihn zu den Waffen greifen würden, wenn dies der Fall wäre.

Palästina

Grundsätze der Einwanderung

In Beantwortung einer Frage des Abgeordneten Oberleutnant Todd, ob es noch eine illegale Einwanderung nach Palästina gäbe und wie groß sie sei, erklärte Kolonialminister Sir Philip Cunliffe-Lister im Unterhaus, die Durchschnittszahl der monatlich unerlaubt nach Palästina Einwandernden werde für die Monate November 1933 bis Januar 1934 auf 800 geschätzt, gegenüber durchschnittlich etwa 1000 monatlich in den ersten 10 Monaten des Jahres 1933. Es seien Maßnahmen getroffen worden, um dieses Problem zu lösen.

Kapitän Strickland fragte hierauf: „Ist diese unerlaubte Einwanderung nicht zu einem großen Teil auf die von der Regierung verfügte Einschränkung der legalen Einwanderung zurückzuführen, eine Einschränkung, die die Entwicklung der Bautätigkeit, die landwirtschaftliche und industrielle Entwicklung wesentlich aufhält?"

Der Kolonialminister: „Nein. Das sind vollständig irrige Feststellungen. Es sind nicht die Maßnahmen der Regierung, die zu unerlaubter Einwanderung führen. Es liegt bestimmt im Interesse aller Beteiligten, daß nur zugelassene Einwanderer nach Palästina kommen."

Captain Strickland fragte hierauf den Minister, ob es ihm nicht bekannt sei, daß in Palästina Arbeiter für Häuserbau gebraucht werden, und daß Häuser infolge des Arbeitermangels nicht fertiggestellt werden könnten.

Darauf antwortete der Kolonienminister, der High Commissioner müsse bei der Festsetzung der Zahl zugelassener Einwanderer die allgemeine Zukunft des Landes ebenso berücksichtigen wie die augenblickliche Lage.

Feinde der Menschheit!

Ein Stück nationalsozialistischer Kolonialpolitik

Die Geschichte menschlicher Verbrechen ist nicht reicher als die Geschichte der Kolonialpolitik. Keine Schandtat ist so grausig, daß sie nicht aus Eigennutz, Machtgier oder zum bloßen Vergnügen von Eroberern, Sklavenhändlern und sonstigen Ausbeutern unterjochter Arbeitskraft an ihren Opfern begangen und vielfach noch heute begangen wird. Am meisten belastet ist naturgemäß das Schuldkonto der weißen Rasse, die ihren Herrschaftsbereich dem weitesten ausgedehnt und unter der Firma des Christentums und der Zivilisation unendlich viel Blut in Gold gemünzt hat. Alle beteiligten Nationen sind hier mitschuldig; es würde peinlich genauer Einzelforschungen bedürfen, um das Maß der Schuld im einzelnen gerecht abzuschätzen. Wohl aber darf festgestellt werden, daß das letzte Jahrhundert den Missetaten auch manches Verdienst entgegenhalten kann. Der Kampf gegen die Sklaverei, Schutzgesetze für die scheinbar freien Kontraktarbeiter, die Leistungen von Missionaren, Lehrern und Aerzten: ein Zusammenwirken von Idealisten — alles hat dazu beigetragen, die Lage der unterworfenen Völker in manchem zu verbessern. Nicht entfernt genug, um das uralte Unrecht aufzumachen und den immer näherrückenden Befreiungskampf der farbigen Rassen der Welt, der namentlich in Sowjetrußland eine geistige Begründung und Zusammenfassung gefunden hat, irgendwie gegenstandslos zu machen. Aber man darf doch sagen, daß manches besser geworden ist, daß aufrichtige Christen und freidenkende Menschenfreunde überall an der Arbeit sind, um das Menschentum auch der farbigen Rassen zur Anerkennung zu bringen.

Natürlich vollzieht sich diese Bewegung nicht ohne harte Widerstände und manche Rückschläge. Die durch die Zeit der Sklaverei noch immer korrumpierte Weißenbevölkerung der nordamerikanischen Südstaaten, die Herrengelüste der Afrikander und viele andere Kräfte rücksichtslosen Eigennutzes und roher Willkür in allen Erdteilen stehen den Bestrebungen der Menschlichkeit entgegen und machen eine friedliche Lösung der Rassenfragen immer unwahrscheinlicher. Immerhin gibt es auch im weißen Lager ernstgemeinte Verteidiger der Kolonialvölker, die für diese friedliche Lösung arbeiten. Ihre schärfsten Widersacher finden sie in den Reihen der zielbewußten Reaktion, die in der rücksichtslosen Herrschaft ihrer Rasse ihr Ziel sehen und vor keinem schlechten Mittel zurückschrecken. Ihre theoretische Begründung findet diese Bewegung natürlich im Nationalsozialismus, der das schrankenlose Herrenrecht verkündet und jede „Humanitätsduselei", sei sie marxistisch, christlich oder liberal gefärbt, mit Verachtung abtut. So behandelt in der Zeitschrift „Volk im Werden" Rudolf Benze: **Die Kolonialfrage im Lichte völkischer Weltanschauung.** Da lesen wir: **„Je rücksichtsloser die Kolonisatoren, unbekümmert um den Selbsterhaltungstrieb der Unterworfenen und um schwächliche humanitäre Regungen,** sich durchsetzten, um so gesicherter war ihre politische und kulturelle Herrschaft und die Zukunft ihres Volkes." Dieser Anerkennung rücksichtsloser Unterjochung entspricht die Kritik entgegengesetzter, menschenfreundlicher Praxis. „Während sich die christlichen Kirchen über jeden Heiden freuten, den sie seiner artgemäßen Religion abgedrungen, europäisch gekleidet und „gesittet" gemacht hatten, stimmten die liberalen und humanitären Kulturmacher ein Triumphgeschrei an, wenn den Negern oder Indianern durch Bekämpfung von Seuchen neuer Siedlungsraum sich zu erschließen schien, wenn wieder ein Neger oder Indianer Professor oder Missionar geworden und die europäische Kulturleiter bis oben hin erklommen zu haben schien.

Die Blinden! Sie sahen in ihrem humanitären Gleichheitswahn nicht, ... daß jede Maßnahme, die den ... Eingeborenen förderte, ein Sarangel für unsere Nachkommen war. Mit jeder **Hilfe aus Menschlichkeit** für den Eingeborenen goß man eine Kugel, die später einmal, wenn die Rassengruppen um den Weltraum ringen werden, das Herz eines kommenden Deutschen oder anderen Europäers durchdringt."

Aus diesen Betrachtungen zieht der Verfasser auch praktische Nutzanwendungen für deutsche Kolonisation. Davon lautet die vierte: „Haltet euch völlig frei von jeder Verbindung mit fremdem Volkstum. Ueberlaßt dieses sich selbst und laßt euch nicht von „humanitärer Nächstenliebe" umnebeln. Der „Nächste" ist euer deutscher Blutsbruder und eure deutsche Blutsschwester, und ihnen oder ihren Kindern schadet ihr, wenn ihr den „Ferneren" helft. Geld gegen Fremdvolk fremd um Eures Volkes willen!

Das ist dieselbe Gesinnung, die am Anfang dieses Jahrhunderts in Südafrika die Reste der Hereros, als diese sich gegen den an ihnen planmäßig verübten Landraub und Betrug erhoben hatten, in die Wüste trieb und dort den fürchterlichen Durstod sterben ließ, die es der deutschen Kolonialverwaltung zur Vorwurf machte, daß sie in niedergeworfenen Dörfern nur die Männer, nicht auch Frauen und Kinder umbringen ließ, die sich ja jetzt auch gegen die deutschen „Volksgenossen" unerwünschter Richtung in gleicher Weise betätigt. Als es nach dem Weltkrieg der deutschen chemischen Industrie gelungen war, ein wirksames Mittel gegen die Schlafkrankheit, die furchtbarste Geißel der Negerbevölkerung, zu erfinden, wurde von dieser Seite die Forderung aufgestellt, das Heilmittel nur gegen Rückgabe der deutschen Kolonien bekannt zu geben. Die republikanische, „volksfremde" Regierung ging über diese Gemeinheit mit Verachtung hinweg. Wer zweifelt, daß die heutige, „volksverbundene" von solchem Druckmittel mit Wonne Gebrauch machen würde? Ist doch die Erfindung der wirksamen Giftgase der Hauptteil ihrer derzeitigen „Aufbaupolitik".

Wenn das wirklich die Denkart der „nordischen" Rasse wäre, dann wäre ihr Untergang ein Segen für die Menschheit. Glücklicherweise ist es nur eine Entartungserscheinung, eine Rotte bastardierter Abkömmlinge verschiedenster Rassen, die es vermocht hat, durch List und Roheit das deutsche Volk für einige Zeit unter ihre Peitsche zu zwingen. Erst wenn es sich von diesem blutsaugerischen Ungeziefer befreit hat, wird es wieder den Weg zum friedlichen Zusammenwirken mit allen Völkern finden und wieder die Achtung der zur Gesittung aufstrebenden Menschheit gewinnen.

Pariser Berichte

Der bescheidene Ministerpräsident

Gaston Doumergue, der französische Ministerpräsident, bekümmert sich sehr gründlich um den Urlaub seiner Umgebung. Vor einigen Tagen fragte er einen seiner Beamten: „Na, machen Sie auch bald Ferien? Wohin wollen Sie denn gehen?" „Ich werde wahrscheinlich nach Tournefeuille fahren, Herr Präsident," war die Antwort.

Tournefeuille ist der Wohnsitz des Präsidenten bei Toulouse.

Deshalb rief Herr Doumergue ganz besonders aus: „Nach Tournefeuille?! Aber, mein armer Freund, das sind doch keine Ferien für Sie! Das wäre, glaube ich, noch nicht einmal etwas für mich!"

Doktor Wachtel und Doktor Axel

Geschlechtskrankheiten, Männer und Frauen
Nase, Hals, Ohren

123, Bd. Sébastopol. — Sprechstunden v. 9—12 u. 2—8 Uhr; Sonntags vormittags

Metro: Reaumur, St. Denis. Tel. Centr 32-10

235 „Monsieur le ministre" in Frankreich

In 64 Jahren ihres Bestehens zählt die III. französische Republik 235 lebende „Minister", die teils noch im Amte sind, teils zurückgezogen leben, einige amtsmüde, andere täglich bereit, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Es ist aber eine beträchtliche Zahl, die wohl nur noch von Portugal übertroffen wird.

Die alte römische Republik hatte die Höflichkeit, wenn ihre Konsule nach einjähriger Amtszeit ihre Tätigkeit aufgaben, ihnen ad vitam den Titel eines Konsuls zu belassen. Nicht weniger höflich sind die Nachkommen des früheren Galliens, wenn es heißt, ihren Exzellenzen den vornehmen Titel zu lassen. Wird ein früherer Minister später Staatssekretär, der unter dem Minister steht, so bleibt er für den Staat und für alle, die mit ihm zu tun haben „Monsieur le ministre". Dieser vornehme Brauch wird nicht einmal in der strengen Atmosphäre der Untersuchungskommissionen gebrochen. Hier ist nur noch ein Aufsteigen möglich. Bildet einer dieser Minister einmal ein Kabinett, so bleibt er zeitlebens „Monsieur le président".

Von diesen 235 sind nicht alle ausübende Parlamentarier, sondern nur 172 sind an der Gesetzgebung beteiligt. 66 Senatoren und 106 Abgeordnete. 64 sind weder im Senat noch im Abgeordnetenhaus immatrikuliert, und 12 davon sind es nie gewesen, wie zum Beispiel Marschall Pétain, der augenblickliche Kriegsminister, und General Denain, der Luftfahrtminister.

Es gibt noch 14 ehemalige Ministerpräsidenten, wovon sechs im augenblicklichen Kabinett vertreten sind und drei davon Präsidenten der Republik waren (Doumergue, Poincaré, Millerand).

125 „Minister" sind nie Chef ihres Büros gewesen, wie zum Beispiel Albert Lebrun, der jetzige Präsident der Republik; vier waren nie Hohe Kommissare, wie Henri Beranger, der nur Botschafter war.

92 haben ihre Laufbahn gar nicht beendet und sind nie Staatssekretäre gewesen, darunter Jeanneney, der Präsident des Senats, der zweithöchste Beamte der Republik.

Jeder fünfte Parlamentarier in Frankreich hat die Chance, Minister zu werden. Eine schöne Proportion für ehrgeizige Staatsmänner.

Junges Mädchen

gebildet, kinderlieb, gesund, tüchtig (nur gelegentliche Hilfe vorhanden) als Haustochter nach Antwerpen gesucht.

Später Ferien und Reisevergütung.

Gefl. Angebote mit Bild, Lebenslauf und Ansprüche befördert unter „Frau G. M." die Expedition.

Docteur Spécialiste

DEUTSCHSPRECHEND

Münchener u. Pariser Fakultät

17, rue Reaumur

Métro Arts-et-Métiers od. République

Frauen-, Blut-, Haut-, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Tripper, Syphilis, Männerschwäche. Neueste Heilverfahren. Elektrizität.

Harn-, Samen- und Blutanalysen.

Mässige Bedingungen. (Auch für Kassenversicherte.)

Täglich von 9 - 1 und 4 - 8,30. Uhr. Sonn- und Feiertags von 9 bis 1 u. auf Rend. v. Tel. Arch. 34-27

„Weil Deutschland aufrüste"

Paris, 18. Juni. „Ere Nouvelle" und „Ami du Peuple" beschäftigen sich am Montag mit dem deutschen Moratorium und erklären übereinstimmend, daß der eigentliche Grund für die Transferschwierigkeiten in den großen Rüstungsausgaben der Reichsregierung liege. Die „Ere Nouvelle" betont, daß die Wirtschaftler diese Schwierigkeiten zwar sehr einfach erklären könnten, wenn sie darauf hinweisen, daß Deutschland stark verschuldet sei und daß die Zinsen dieser Schulden die Schwierigkeiten heraufbeschworen hätten. Wenn man weiter frage, warum es verschuldet sei, so erhalte man zur Antwort: Weil die innerdeutschen Einnahmen allein nicht genügten, die öffentlichen Ausgaben zu decken. Komme man aber auf den Kernpunkt der Angelegenheit und frage, warum denn diese öffentlichen Ausgaben so groß seien, so gebe es darauf nur die eine Antwort: Weil Deutschland aufrüste und ungeheure Ausgaben mache, um seine alte Militärmacht wiederherzustellen. Deutschland organisiere sein Heer mit dem Geld seiner Gläubiger. Der „Ami du Peuple" kommt zu der gleichen Schlußfolgerung und behauptet, daß die große Einfuhr von Rohstoffen zu Rüstungszwecken und großen öffentlichen Arbeiten den ganzen Bestand der Reichsbank erschöpft hätte.

Ein korrupter General?

Parlamentarische Aktion in Nordamerika

dnb. **Washington,** 18. Juni. Der Ausschuß des Repräsentantenhauses für militärische Angelegenheiten, der sich mit der Frage des Ankaufes von Heeresmaterial beschäftigt hat, empfiehlt dem Kriegsminister in einem einstimmig angenommenen Bericht, den Leiter der Luftstreitmacht des amerikanischen Heeres, Generalmajor Benjamin Foulois, sofort von seinem Posten zu entheben. Der Bericht spricht von „gewissen Verletzungen und Umgehungen des Gesetzes und der militärischen Vorschriften, schweren Unregelmäßigkeiten und Unzüchtigkeit", die nicht nur dem Generalmajor, sondern auch anderen unter seinem Befehl stehenden Offizieren zur Last gelegt werden. Der Bericht nimmt besonderen Anstoß daran, daß Heeresflugzeuge auf Grund von Verhandlungen gekauft worden sind, anstatt auf Grund der Angebote verschiedener Firmen. Der Bericht fügt hinzu: Da die Einzelheiten der nationalen Verteidigung geheimen Charakter hätten, scheine es nicht am Platze zu sein, den gegenwärtig herrschenden Zustand der Leistungsfähigkeit des Luftforts bezüglich der Ausrüstung, der Leitung und des Personals im einzelnen zu erörtern.

BRIEFKASTEN

L. B., Schaffhausen. Angekommen und verwertet.

„Aus Köln." Sie übermitteln uns eine Glosse aus dem nationalsozialistischen „Westdeutschen Beobachter" über den Exkronprinzen: „Da rauschen durch den gleichgeschalteten Blätterwald in großer Aufmachung Bilder und Notizen: „Der Kronprinz auf der Fahrt zum Nürburgring." Es ist kaum zu fassen, mit welcher Ahnungslosigkeit da Politik oder — roten wir einmal so — Sensation gemacht wird. Wenn Herr Wilhelm von Preußen mit „seinem Adjutanten" auf dem Kölner Hauptbahnhof ankommt und von Herrn X. zum Nürburgring gefahren wird, dann bedeutet das für uns heute genau so viel, als würde Herr Schmitz oder Herr Schulze zum Nürburgring eilen. Und da 300 000 Menschen am Sonntag auf dem Nürburgring weilten, war es nicht möglich, jedem ein Bild zu widmen. Denn jeder Volksgenosse hätte genau so das Recht, hervorgehoben zu werden, wie der ehemalige Kronprinz, der für uns politisch eine tote Person ist. Uns interessieren heute lediglich die Führer, die kraft ihrer Persönlichkeit und ihres Einsetzens für jeden Volksgenossen das Recht auf ein Hervorheben haben und die den Adel nicht im Namen, sondern im Herzen führen und dafür kämpfen, daß das ganze deutsche Volk geadelt werde. So sehen wir den Fall „Kronprinz". — Herr Wilhelm von Preußen wird über diese Schreiberei nur lächeln. Es gehört zum Programm der Miesmacherschlacht, auch gegen die Hohenzollern aufzutrumpfen. Nachher wird sich alles finden.

Rheinländer. Sie verbürgen sich für folgendes Vorkommnis: „In einem bestimmten Ort sind rund 700 Leute in der SA. An einem schönen Sonntag waren um 7 Uhr morgens nur 36 angetreten. Wütend schickte der Führer die 36 Pflichttreuen fort, um die übrigen 664 zu holen. Um 9 Uhr sollten alle antreten. Und siehe da: um 9 Uhr hatte sich von den 36 Vorbildlichen auch noch einer verkrümelt. Es kamen nur noch 35 wieder." — Wir denken da an einen Spruch, den wir mal irgendwo auf einer Wanderung in einem alten Bauernhause gelesen haben: „Die Leut' verderben mit der Zeit, die Zeit verdirbt die Leut'."

A. W., Luxemburg. Aus Königsberg in Preußen haben Sie erfahren: „Der Konsumverein, einst vor der Gleichschaltung ein blühendes Unternehmen, hat die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragt. Die Schwierigkeiten ergaben sich durch den ungeheuren Mitgliederrückgang und den Käuferstreik der verbliebenen Mitglieder."

Hannoveraner. Man hat Ihnen den „Deutschen" (Nr. 127) mit einem Bericht über eine Streicher-Versammlung in Hildesheim zugesandt. Er hat u. a. gebrüllt: „Juden und Bastarde haben die letzten vierzehn Jahre bestimmt." Dann hat er die Weisheit verkündet, „daß schöpferisch nur der reinblütige Mensch ist. Alle Erfindungen usw. wurden nur von arischen Menschen gemacht."

Wir wollen den Arier Streicher nicht an den großen jüdischen Physiker Hertz erinnern, ohne den es kein Radio gäbe, näher liegt dem Interesse Streichers wahrscheinlich Ehrlich Hatas Salvarsan mit dem Hakenkreuz, und es sollte uns doch sehr wundern, wenn Streicher und seine nächsten Kameraden nicht wenigstens diese jüdische Entdeckung nicht nur vom Hörensagen kennten. — Wie steht es übrigens mit den Erfindungen des reinblütigen Ariers Streicher? Nicht einmal das Ritualmordmärchen hat er erfunden. Das hat er nur aus uralten Schwarten abgeschrieben.

Karla. Aus dem Brief einer Freundin an Sie: „Der Judenboykott stieß auf den Widerstand der Frankfurter Hausfrauen. Wie im letzten Jahr beim Judenboykott gingen die Frauen demonstrativ in jüdische Geschäfte. Sie diskutierten mit den vor den jüdischen Geschäften stehenden Naziposten und wandten sich gegen den Boykott. An einzelnen Geschäften wurden sie beim Widerstand gegen die Naziposten handgreiflich und durchbrachen die Postenkette der Nazis. — An Margarine herrscht starker Mangel."

Marg. H. M. Nein! Auch mit der Geburtenschlacht steht es faul. Die Miesmacher haben den Hebammen das Geschäft verdorben. Die Ankurbelung hat da nicht einmal zu einer Binnenkonjunktur geführt. Aus den kürzlich vom Statistischen Reichsamt veröffentlichten Geburtenziffern für das Jahr 1933 geht hervor, daß der Tiefstand des Jahres 1932 noch unterschritten worden ist. Kein Wunder bei dieser Drückebergerei im Reichskabinett von Hitler über Heß und Göring bis zu Röhm. — Da ist der Essener Polizeipräsident ein anderer Kerl. Er schafft freie Bahn den Tüchtigen durch einen Erlaß zum „Schutz der Liebespärchen", wonach sich „SA.-, SS.-Formationen und Führer der Hitlerjugend" zur Verfügung stellen werden, um dafür Sorge zu tragen, daß die Essener Liebespaare in den Park- und Waldanlagen während der wärmeren Nächte nicht von „Erpressern, Spannern, Lauschern, Exhibitionisten, falschen Kriminalbeamten, steckbrieflich gesuchten Personen u. a. m. gestört werden."

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Pitz in Dudweiler; für Inserate: Otto Kuhn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH., Saarbrücken 3, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Die schweren Dampfbomber

Von Ing. Kurt Doberer

Jeder dieser Staaten die im Kriegsfalle möglichst viele Flugzeuge zu besitzen wünschen, beschäftigt sich zugleich mit dem Problem, wie er im Zustand der Kriegsautarkie den Treibstoff für die Armee von Motoren beschaffen kann. Große Bombenflugzeuge und kleine Kampfflugzeuge gibt es. Aber ob man sie, wie manchen Ländern, auch nur als Frachtflugzeuge und Zubringerflugzeuge bezeichnet, sie brauchen alle den gleichen Brennstoff. Benzin, nichts als Benzin.

Man hat zwar entdeckt, wie man Benzin nicht nur aus Erdöl, aus flüssigem Urstoff, sondern auch aus der festen Steinkohle und der brüchigen Braunkohle herstellen kann. Aber die direkte Verwendungsmöglichkeit der dabei entstehenden schwerflüssigeren Rückstände würde erst die ganze Lösung der Probleme darstellen. Es ist ein zusätzlicher Gewinn, daß die Schweröle durch ihre schlechte Entflammbarkeit dem Flugwesen eine neue Sicherung geben könnten.

Es ist leicht einzusehen, daß durch die neuerdings gemachten Versuche, ein Benzin mit geringerer Feuergefährlichkeit herzustellen, das eigentliche Grundproblem also gar nicht gelöst wird. Die notwendige Verwendung der Schweröle kann nur über die Konstruktion von neuartigen Flugmotoren gelingen.

Wir erinnern uns zur rechten Zeit, daß der empfindliche Benzinmotor im Flugwesen nur deshalb über die robuste Dampfmaschine siegte, weil die hier am Anfang der Entwicklung benötigten Motore nicht stark aber dafür um so leichter sein mußten. Der Benzinmotor war pro entwickelter Pferdekraft viel leichter.

Mittlerweile ist es jedoch dem Menschen gelungen, gewaltige Flugschiffe zu konstruieren, die zum Angriff ein paar tausend Pferdestärken benötigen. Erst in dieser Größenordnung wird die Dampfkraft wieder konkurrenzfähig.

Wir wundern uns nicht, wenn Mitte Mai das Pariser „Journal" aus Berlin meldet, daß es sich in dem sensationellen Spionageprozeß des polnischen Rittmeisters von Sosnowsky, der Kitty von Berg, der Frau des Chefingenieurs der Siemenswerke und Direktor der Luftausrüstungsabteilung, den Kopf kostete, um Ausspähung von Dampfmotoren für Flugzeuge handelt. Wie die Meldung sagt, soll die Spionage sich auf Versuche erstrecken, die von der Kasseler Lokomotivfabrik Henschel und Sohn in ihren in Berlin am Flugplatz Johannisthal gelegenen Zweigbetrieb im großen Stile unternommen wurden.

Bereits im Herbst 1933 kam eine Nachricht nach Europa, daß der Amerikaner Erich Beckley gemeinsam mit einem anderen Landsmann ein mit Dampf angetriebenes Flugzeug konstruiert hätte. Mit diesem Dampfflugzeug wurden dann Versuchsflüge vom Flughafen Akron aus unternommen, über die dann allerdings nichts weiter besonders bekannt wurde.

Um dieselbe Zeit erwarben einige Großfirmen in Deutschland die Ausführungsrechte auf die Konstruktion einer für Kraftfahrzeuge besonders geeigneten Dampfanlage von einer amerikanischen Gesellschaft. Sie besteht aus einem neuartigen ölgeheizten Hochdruckröhrenkessel automatisch-elektrischer Druck- Temperaturregulierung und einer schnellaufenden Dampfmaschine besonderer Konstruktion. Als Treibstoff können neben Benzin die meisten Schweröle verwendet werden.

Mit den von den anderen Großmächten so begehrten deutschen Großflugzeugplänen dürften aber diese genannten Konstruktionen nichts zu tun haben. Die Entwicklung zum Dampfgroßflugzeug kommt von einer anderen Seite her. Zwei Monate vor dem großen Berliner Spionageprozeß wurde auf einer Tagung der Deutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt ein Vortrag gehalten, durch den die Erfindung einer neuen Dampfturbine bekannt wurde, die diese völlige Umwälzung in den Kraftanlagen der Großflugzeuge bringt. Oberingenieur Hüttner, der Betriebsleiter des Großkraftwerks Klingenberg hat eine Dampfturbine konstruiert, in der Kessel und Maschine eine Einheit bilden. Es fällt dadurch die ganze komplizierte Ausrüstung der bisherigen Dampfanlagen: Kondensator, Saugpumpen Speisepumpen, Ventile, Rohrleitungen, einfach fort. Die Dampfturbinenanlage wird für die geleistete Pferdestärke entscheidend leichter, so daß es möglich ist, bei Leistungen von zweitausend Pferdestärken solche Dampfmotoren in Großflugzeuge einzubauen.

Der Hüttner-Dampfmotor besteht aus einem normalen Turbinenrad mit entgegen rotierendem Dampfkessel. Durch Rotation, nicht durch Dampfspannung wird in diesem Kessel der nötige Druck erzeugt. Das Wasser drängt durch Rohre, die über Brenner laufen. Der hier entwickelte Dampf strömt durch Düsen auf das Turbinenrad und fällt später, kondensiert, wieder in den Drehkessel.

Im April, als diese Tagung der Deutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt entstand, sprach man bereits über einige Versuchsmaschinen des Hüttnerschen Dampfmotors, an denen sich die theoretischen Voraussetzungen durchaus als richtig erwiesen. Die geladenen Fachleute waren durch die Einfachheit der neuen Maschine und die völlig neuen Gedankengänge verblüfft. Sie sahen in der Erfindung die neueste und zukunftsreichste Kraftquelle für Großflugzeuge, von der schon so viele Erfinder in dem Streben nach größter Sicherheit und Wirtschaftlichkeit immer geträumt haben.

Bei solchen so kriegswichtigen Apparaten ist bekanntlich diese Fata Morgana das letzte, was der Laie von ihnen zu sehen bekommt. Es sei denn, er sieht sie bereits brummend und Bomben schmeißend über sich. Reiner Zufall ist es, wenn man aus den Nebengeräuschen eines Spionageprozesses zu hören bekommt, wie weit die Konstruktion der triebstoffautarken Dampfbomber bereits gediehen ist. Wenn man nun schon, wie der Berliner Prozeß zeigt, um die Kontrollergebnisse von Startversuchen spionieren kann, dann ist dieser neue Flugtyp schon in ziemlicher Gebrauchsnähe.

Mehr Bombenflugzeuge

Eine Forderung in Frankreich

dnb. **Paris,** 18. Juni. Das „Echo de Paris" erhebt die Forderung nach einer großen Luftflotte von Bombenflugzeugen, die angesichts des Mißerfolges der Abrüstungskonferenz dringender denn je geworden sei. Selbst der französische Luftfahrtminister hätte in einer sehr dramatisch verlaufenen Ausschußsitzung in der Kammer zugeben müssen, daß die französische Luftflotte im Falle eines Krieges zu zwei Drittel zerstört werden würde, bevor sie noch Gelegenheit habe, in den Kampf einzugreifen. Gerade aus diesem Grunde habe man in das Aufbauprogramm an erster Stelle die Bombenflugzeuge gesetzt. Leider frage man sich aber heute noch in zuständigen Kreisen, ob es wirklich notwendig sei, eine starke Flotte von Bombenflugzeugen zu besitzen, und ob mehrsitzige Kampfflugzeuge nicht genügten. Dazu müsse aber festgestellt werden, daß die Möglichkeiten der Kampfflugzeuge für Bombardierungen nur sehr beschränkt seien. Deutschland habe zwar keine offizielle Militärluftfahrt, habe aber einen Junkers G 38, der im Handumdrehen in ein Bombenflugzeug umgebaut werden könne. Es habe außerdem eine Ju 52, die heute die Bewunderung der Fahrgäste auf der Strecke Berlin—Paris erregt. Ferner müsse man an die Dorniers denken, die ausschließlich für den Frachtdienst verwendet würden, als ob man sie den Blicken der Indiskreten entziehen wollte. Auch Italien, England, Rußland und Amerika verfügten über vorzügliche Bombenflugzeuge, und deshalb dürfe Frankreich im Interesse seiner Verteidigung nicht nachstehen.